

Tabak-Verleger

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insetate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 36 Pfsg. für die 6 gespaltene Zeitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 32

Sonnabend, den 9. August

1914

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrecht zu erhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen.

Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermöglichlichen Opfern an Gut und Blut, ist über die Kulturnationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleibsen. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfang hereinbrechen.

In dieser ernsten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften, ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern.

Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabenkreises stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Freiheit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragseistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützungen an die hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder ihrer Angehörigen zu milbern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenutzt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft sich in alter Treue bewährt.

Berlin, den 2. August 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

An die Mitglieder!

Kollegen! Kolleginnen!

Das Furchtbare ist Ereignis geworden. Der Krieg mit allen seinen Schrecken ist hereingebrochen. Die Völker Europas führen den Vernichtungskampf gegeneinander. Die Arbeiterschaft darf sich rühmen, in hervorragender Weise an der Erhaltung des Friedens beteiligt gewesen zu sein. Sie hat das Schwerste nicht abwenden können. Die Arbeiterklasse, der man das Koalitionsrecht nehmen wollte, der man mit Schwierigkeiten aller Art die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit zu beschränken versuchte, hat jetzt ihre Söhne hergegeben, um auf den Schlachtfeldern zu kämpfen; die Arbeiterklasse trägt die Opfer an Gut und Blut trog des Hasses und der Verfolgung, der sie in Friedenszeiten vom Scharnschwert ausgeschlagen war; und sie trägt schwer daran, weil sie arm ist.

Nur eins fragen wir heute: Wird man angeichts der Tatsachen künftig noch den Mut haben, der Arbeiterschaft das Recht der freiesten Tätigkeit streitig zu machen? Im Augenblick haben alle weiteren Gedanken und Empfindungen keinen Zweck. Unseren Kollegen, die ins Feld müssen, sagen wir: Ihr müsst nun eure Pflicht tun. Vergesst aber auch im Kriege nicht, daß ihr Menschen seid! Furchtbar wird das Ringen sein, aber vergeht eure Ideale nicht. Viel gute Tage habt ihr als Tabakarbeiter im Frieden nicht gehabt, doch so ernst, wie gegenwärtig, trat das Geschick noch nicht an euch heran. Ihr, die ihr im Felde steht mit den Waffen in der

Hand, ihr, die ihr zurück bleibt und in Not und banger Sorge um eure Lieben lebt, haltet den Kopf hoch! Ihr seid Glieder unserer großen Gemeinschaft, die das Leben der Menschen schöner zu gestalten sucht.

Auch jetzt in dieser schweren Zeit muß unsere Organisation die Gemeinschaft sein, in der wir Hoffnung und Zuversicht finden. In unserer Gemeinschaft, in unserer Organisation liegt der Kern, aus dem diese Zukunft aufkeimt. Dieses Wissen, die feste Zuversicht leitet uns durch alle Schrecken und Gefahren. Leidens- und Kampfgefährten, die durch ein Menschenalter hindurch in solcher Gemeinschaft treu beieinander aushielten, trocken allen Gefahren; sie finden ihre Stärke in dem gegenseitigen Vertrauen, in brüderlichem Empfinden, im Eifer gegenseitigen Beistandes.

An euch, Kolleginnen, richten wir in dieser Stunde eine besondere Mahnung: Wenn eure Männer, eure Söhne und Brüder, eure Arbeitskollegen im Felde stehen, so sorgt ihr dafür, daß überall unsere Organisation aufrecht erhalten bleibt! Sorgt ihr mit der ganzen Liebe, der ihr fähig seid, und zur Ehre eurer selbst, daß unser Verband, so gut es die Umstände gestatten, aufrecht bleibt. Nehmt dieses neben der Sorge für euch und eure Familien als ein teures Pflichtvermächtnis eurer im Felde stehenden Brüder auf! Zeigt, daß ihr die Situation erfaßt habt!

Dasselbe Pflichtgefühl fordern wir auch von den zurückbleibenden Kollegen. Wie ist der Verband notwendiger gewesen als jetzt. Ihr wißt, daß Arbeitslosigkeit die Begleiterscheinung des Krieges ist; ihr wißt aber auch, daß unsere Löhne in Gefahr sind. Unsere Organisation muß auf alle Fälle intakt bleiben, damit sie nach dem Kriege sofort aktionsfähig ist. Aber auch jetzt will sie, so gut als möglich, ihre Dienste leisten.

Brüder und Schwestern! Ihr seid es der ganzen Menschheit schuldig, jetzt mehr denn je, daß ihr zusammensteht!

also die Aufgabe jedes Geschäftsmannes, diesen Schwierigkeiten nach Möglichkeit im voraus zu begegnen. Für die Fabrikationsbetriebe kommt ferner in Betracht, daß ihnen viele Arbeitskräfte entzogen werden, welche von der Arbeitsstätte weg zu den Fahnen gerufen werden. Eine weitere schwierigende Sorge entsteht durch die Frage, wie sich der Absatz der Fabrikate gestaltet und welche Veränderungen in der Zahlungsfähigkeit der Käufer zu erwarten sind. Was die erste Sorge betrifft, so kann man nach den Erfahrungen der Jahre 1870/71 annehmen, daß die Stockung des Absatzes von Tabakfabrikaten sich in engen Grenzen halten wird, als diese für viele andere Waren gattungen zu befürchten ist. Geht auch die Unterbindung des gesamten gewerblichen Verkehrs keineswegs an dem Tabakgewerbe wirkungslos vorüber, so ist doch der Verbrauch von Lebens- und Genussmitteln infolge der mannigfachen Umstände an manchen Stellen so gesteigert, daß er zu einem nicht unbeträchtlichen Teile die durch die Begleitumstände des Krieges entstehende Einbuße weit macht. Diese Erwägung ist auch ein milderndes Moment für die Befürchtung, daß die Existenzfähigkeit des Detailhandels allzu sehr erschüttert wird, und man sollte dieses Moment nicht außer Betracht lassen, wenn man auch naturgemäß in bezug auf die Gewöhnung von Krediten ein erheblich größeres Maß von Vorsicht walten läßt, als dies in normalen Zeiten geschieht. Neberhaupt ist gerade in solch unsicherer Zeit dem Grundsache Rechnung zu tragen, daß allzu schaft schaft macht, und daß durch übereilte Handlungen die Verluste für die Gesamtheit ebenso wie für den Einzelnen sehr leicht ins Ungemessene gesteigert werden können. Mehr als sonst soll in derartigen Zeiten die denkbar ruhigste Überlegung als Wegweiser dienen.

Eine Aktion zur Arbeitsvermittlung auf dem Lande mit Unterstützung der Gewerkschaften.

In der gegenwärtigen Situation leidet die Landwirtschaft unter großem Mangel an Arbeitskräften. Viele in Deutschland beschäftigte ausländische Landarbeiter sind in ihre Heimat zurückgekehrt worden.

Die Ernte steht reif auf dem Felde. Die Einbringung der Ernte ist nicht allein für die Landwirtschaft eine dringende Frage, sondern die Rücksichtnahme der Ernte würde im Kriegszustande eine Hungersnot im Gefolge haben. Dies zu vermeiden liegt im Interesse auch der Arbeiterschaft.

In dieser außerordentlich möglichen Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, hat das Reichsamt des Innern, anscheinend im Einverständnis mit den übrigen Bundesstaaten, Schritte eingeleitet, um die in der Industrie frei gemordeten Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Es ist beabsichtigt, auch ev. die Frauen und Kinder der im Felde Stehenden für diese Arbeiten heranzuziehen. Das Reichsamt des Innern hat zu diesem Zwecke mit den Gewerkschaften verhandelt.

Die Generalkommission hat durch ihre Vertreter bei dieser Verhandlung erklären lassen, daß sie diese Aktion unterstützt. Im gleichen Sinne hat auch eine am Sonnabendtag tagende Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften beschlossen. Bei der Erörterung im Reichsamt des Innern ist von Vertretern der Generalkommission erklärt worden, daß dieses Unternehmen nur Aussicht auf sicheren Erfolg hat, wenn durch einen Normalvertrag die Löhne festgesetzt und die Arbeiter nicht unter die Bestimmungen der Besoldungsordnung gestellt werden. Die Arbeitsvermittlung ist so gedacht, daß die rein mechanische Vermittlung durch die öffentlichen Arbeitsnachweise erfolgt, daß die Vermittlung aber nur dann geschieht, wenn der Landwirt die im Normalvertrag festgesetzten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkennt. Bei der Annahme und Übersiedelung der Arbeiter nach dem Lande werden Funktionäre der Gewerkschaften, die die Arbeitsvermittlung leiten, diesen mit Rat und Tat zur Seite stehen und dauernd auch mit ihnen in Verbindung bleiben, um die bestimmten Löhne und Arbeitsbedingungen zu überwachen.

Dieser Aufruf schließen wir uns an.

Die Werkmeister.

Die bodenlose Heberei und Scharrmacherei des Ausbeuteriums hat zwar Erfolg bei der Regierung und den ihr nachgeordneten Behörden, sie reizt aber auch immer weitere Kreise auf, die in der Überspannung des Bogens eine Gefahr erblicken. Auch die, die sonst vom Unternehmertum als gefügige Werkzeuge zur begüterten Ausbeutung der Arbeiter betrachtet werden, die Werkmeister, finden in dieser Peche ein Haar. Sie scheinen allgemein zu begreifen, daß, je tiefer die Arbeiter herabgedrückt werden, auch ihre eigene Stellung wirtschaftlich und sozial gefährdet wird.

Solche Erkenntnis wäre sehr erkenntniswert, denn das Unternehmertum betrachtet und behandelt die Werkmeister in der Tat. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Was wird werden!

Seit Jahren seufzt die Tabakindustrie unter einer schweren Krise; sie am allerwenigsten ist gegen die Folgen des Krieges gerüstet. In aller Munde liegt zurzeit die Frage: Was wird aus uns werden? Wir wollen natürlich ruhig Blut behalten und es nicht schlimmer machen, als es ohnehin schon ist. Vorsichtig ist der Verlehr, und damit der Handel, vollständig unterbrochen. Es ist wahrscheinlich, daß, nachdem die Truppen aufmarschiert sind, die Güter expediert und die Beziehungen der Gesellschaften, soweit sie nicht überhaupt unterbrochen sind, wieder aufgenommen werden. Ohne Zweifel wird der Konsum von Tabakfabrikaten ganz wesentlich eingeschränkt werden. Demgegenüber wird ja wohl der verstärkte Konsum der im Felde stehenden Soldaten einen kleinen Ausgleich schaffen. Bereits sind in den Zeitungen Aufrufe zur Einlieferung von Liebesgaben für die Soldaten erlassen. Ziemlich, unsere Kollegenschaft in ihrer Armut hat schwere Not auf sich zu nehmen und nur über den Grad der jell kann man noch Vermutungen haben. Die Süddeutsche Tabakzeitung schreibt folgendes über die geschäftliche Situation:

„Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß für jeden das nächstliegende Gebot ist, sich finanziell gegen alle Eventualitäten so weit und so gut wie möglich zu decken. Der bekannte Ausruf von Montecucoli, daß zum Kriegsführen Geld, Geld und nochmals Geld gehöre, trifft nicht nur für Gesamtwirtschaft der Staaten zu, sondern auch für jedes Individuum, welches in diesen Staaten wohnt und insbesondere für diejenigen, welche die Geldmittel nicht allein zum nackten Leben gebrauchen, sondern auch in der Ausübung gewerblicher Tätigkeit. In nächster Folge sind diejenigen Konsequenzen zu erwägen, welche durch die Unterbindung des Transportverkehrs entstehen können. Die Eisenbahnen werden durch die Beförderung von Militär, Kriegsmaterial, Proviant u. a. m. meist bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht, so daß auf eine auch nur einigermaßen regestrichene Beförderung von gewerblichen Gütern nicht gerechnet werden kann. Es ist

als Werkzeuge für die Ausführung ihrer kapitalistischen, profitmächerischen Absichten. Und leider läßt sich mancher Werkmeister, der früher in den Reihen der Arbeiter die kapitalistischen Praktiken am eigenen Leibe mit verhürt hat, für ein kleines reichliches Gehalt zum Peiniger seiner eigenen früheren Kollegen missbrauchen. Dass dadurch zwischen Unternehmern und Arbeitern nur erweitert wird und der Werkmeister selbst oft ein Gegenstand des Streites zwischen beiden Teilen wird, ist erstaunlich.

Mit der fortschreitenden Entwicklung, die besonders das Streben der Arbeiter nach ihrer sozialen Höherstellung hervorruft, muß natürlich die Werkmeisterstellung ebenfalls auf ein höheres Niveau gebracht werden. Es scheint, als ob die Werkmeister jetzt endlich selbst die Initiative ergreifen wollten, dies zu erreichen und die unwürdige Stellung, die ihnen das Unternehmertum zuweist, abzuschütteln. Wenigstens haben wir aus den Kreisen der Werkmeister noch keine so scharfen Töne gehört, wie wir sie lebhaft aus der Stellungnahme der "Werkmeisterzeitung" gegen die Gelben konstatieren könnten und wie jetzt ähnlich in demselben Blatt Stellung gegen die "Radikalisierung des Unternehmertums" genommen wird.

Unter "Radikalisierung des Unternehmertums" versteht nämlich das Blatt die Scharfmacherei, bei der "eine Überreibung die andere übertrifft", und bei deren Steigerung monstert, "in einer Stimmung hineingeredet hat, die vor den letzten Folgerungen einer absolutistischen Herrschaft und Gesellschaftsmoral nicht mehr zurückredet." Das ist eine schärfere, aber objektive Darstellung der Tendenzen des Scharfmachers. Auch bestätigt das Blatt, daß die bekannte Rede Dr. Delbrück's, des Ministers gegen Sozialpolitik, in der der amtlichen Sozialpolitik ein Haft! gelegt wurde, dem Unternehmertum zu Kopie geflügelt ist und daß nun erst recht von den Scharfmachern gegen Forderungen eines rationalen Arbeiterschutzes gewütet werde.

Hier trifft die Auffassung der "Werkmeisterzeitung" mit der Presse der selbständigen organisierten Arbeiter völlig zusammen. Indem wir dies annehmen, wünschen wir zugleich, daß diese Zusammenstimmung keine vorübergehende sein möge. Denn wer die kapitalistische Entwicklung vor Augen hat, weiß, daß zu ihrer Auslebung und Überwindung die Zusammensetzung aller unter ihr leibenden Kräfte notwendig ist, dazu gehört auch die Gruppe der kapitalistisch behandelten und entlohnnten Werkmeister.

Es wäre auch sonderbar, wenn die Organisation der Werkmeister von dem eisernen Griff der Zeit unberührt bliebe. Die Organisierung der Gruppe an und für sich bedingt schon eine gründliche Untersuchung und Würdigung der Stellung der Werkmeister, die, wollen sie nicht als willkürliche Söldner des Kapitalismus bezeichnet werden, den großen sozialisierenden Zug der Arbeiterbewegung begreifen lernen und sich selber zu einer würdigen sozialen Stellung aufzuzwingen suchen müssen. Dazu bietet ihre Organisation den Hebel; ist sie doch auch ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaft, wie alle Organisationen der Arbeiter, die dem Kapitalismus Konzessionen zur Hebung ihrer Lage abzuringen suchen. —

Der "Werkmeisterzeitung" ist das Zirkular des Vereins der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln, das wir in der vorigen Nummer besprachen, eine jener Überreibungen und Rücksichtlosigkeiten, die das Herrnentum auszeichnen, auf den Tisch gerollten. Und die Kritik, die sie daran übt, geben wir zum Teil wieder, weil sie eben einen Umlauf in der Auffassung des Verhältnisses der Arbeiter (und Werkmeister!) zum Unternehmertum zu bestätigen scheint. Sie nennt das Zirkular ein "Dokument eines antisozialen Fanatismus" und sagt dann weiter darüber:

"Es liegt eine an Vermessenheit grenzende Verhöhnung des wirtschaftlich abhängigen Arbeitnehmers in dieser Ausforderung. Damit es ist nichtohn, wenn derjenige, dem überlegene Mittsmittel im Kampf um Lohn, Bildung und Freiheit zur Verfügung stehen, dem der ne nicht hat, zurück hilft! Ja es nichtohn, im Volksbewußtsein seiner Macht und seines Besitzes dem Bevölkerungskampf ein Entlastungsschluß vorzuwerfen und dem im wirtschaftlichen Kampf sicherlich Schwächeren Parteien aus der eigenen Kraft zu entziehen. Hilft sie selbst! Das nicht aris angesehne geistige Rücklichtlosigkeit und moralische Anmaßung, beim Arbeitnehmer die könstliche Hülfe als weiblich, unmännlich zu verwerfen und selbst bei jeder Gelegenheit Staatshilfe durch Fälle, Steuer und Gesetz einzurufen, ja noch neuerdings den Staat um den jungenarbeiter Willensmangel anzugreifen, der nichts anderes bezwecken soll, als polizeiliche Behinderung jeder vom Unternehmertum unabhängigen Arbeitnehmerorganisation! So zu handeln, ist bei anderen das zu tun, was man oh und gern sieht tun, in wenig einwandfrei; darin drückt sich eine Verminderung des Führungsvermögens auf jenen des Unternehmers aus, der doch wissen sollte, daß seine Arbeiter und Angestellten nicht bloß Arbeitsträger, sondern auch Menschen sind. —

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Mag diese Auffassung in der Organisation der Werkmeister und in ihren Organen vorherrschen!

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1913.

Der Mitgliederstand der deutschen Gewerkschaften mag sich auch in der in Nr. 29 des "Correspondenzblatts" berichteten Jahresstatistik der Gewerkschaftskartelle bemerkbar. Doch über die durch die Karteile vermittelte niedrige Bewertung zu Berichtigungen für die Zukunft keinen Anschluss gibt, beweist die von den Kartellen im Berichtsjahr erzielte reale Tätigkeit und die Erzielungen früherer Jahre. Für fünf Jahren liegen ähnliche Berichtsmittel vor. Die Zahl der von Kartellen angehörenden Mitglieder der Centralverbände fällt erstaunlich der jährlichen Gewerkschaften (1908 war 34.912) zurück, bestand um 26.911. Mit dem Ende der Mitgliedschaften war damals eine erhebliche Zunahme der Kartelle verstanden. Die jährliche Tätigkeit der Karteile wurde durch den Mitgliederstand in keiner Weise beeinflußt; es zeigt sich im Gegenteil eine gehende Entwicklung. Von 1910 war der Mitgliederstand nicht nur weitgesteckt, sondern die Zunahme war erheblich höher als der vorherige Bedarf, wurden doch 57.343 Mitglieder in den Karteilen mehr gezählt. Die Jahre 1910 und 1911 brachten die höchsten Steigerungen der Mitgliedschaften um 27.225 und 26.217. Im 1912 war der Gewinn geringer; er betrug bei den der Centralverbänden angehörenden Verbänden 150.131 Mitglieder. Die Zunahme an beteiligten Karteilen ist seit 1907 im

Berichtsjahr am höchsten gewesen. Diese Zahlen zeigen, daß das Auswachsen der wirtschaftlichen Entwicklung auch den Gewerkschaften den Stempel aufdrückt, das über ein zielvoller Rückgang in ganz kurzer Zeit wieder ausgeglichen wird. So braucht die unerträgliche Tatsache des Mitgliederabgangs nicht zu entmutigen, sondern sie muß erst recht neue Kräfte zur Vorwärtsentwicklung wenden. Dafür ist auch die Kartellstatistik für das Jahr 1913 ein Beweis.

Die Zahl der Karteile hat im Berichtsjahr um 58 zunommen, sie stieg von 744 auf 802. Davon sind 771 (im Vorjahr 717) an der Statistik beteiligt. 20 von den schliefenden Karteilen hatten 1912 12.607 Mitglieder. Von 771 beteiligten Karteilen gehörten 6082 Zweigvereine mit 2.311.837 Mitgliedern an. 1912 waren es 9418 Zweigvereine mit 2.389.571 Mitgliedern. Erstere nahmen somit um 264 zu; letztere dagegen gingen um 27.734 zurück. Die größten absoluten Mitgliederverluste hatten folgende Karteile: Berlin 8571, Stuttgart 5894, München 5614, Bremerhaven 2629, Dresden 2434, Nürnberg 2377, Hannover 2290, Düsseldorf 1707, Frankfurt a. M. 1654, Plauen 1. V. 1556, Breslau 1498, Leipzig 1498, Hof 1399, Barmen-Eversfeld 1373, Eberswalde 1185 und Stettin 1022. Das Kölnner Kartell erscheint zwar in der Statistik mit einem Gewinn von 769 Mitgliedern da, aber inzwischen das Kartell Mülheim am Rhein mit 4308 Mitgliedern (1912) angegeschlossen wurde, ist auch hier ein Verlust von 3649 zu buchen. Dagegen ist ein Rückgang der Mitglieder des Kartells Bielefeld um 2034 durch den Austritt der Metallarbeiter mit 3330 Mitgliedern erstaunlich.

Erfreuliche Zunahmen an Mitgliedern hatten dagegen u. a. folgende Karteile: Karlsruhe 1977, Straßburg 1962, Burg b. Magdeb. 1583, Krefeld 1136, Münster 6. Dresden 1067 und Wetz 1017. Die Karteile mit mehr als 25.000 Mitgliedern sind um 1 (Stettin) zurückgegangen. Sie verteilen sich auf folgende 14 Orte: Berlin 302.052, Hamburg 143.338, Dresden 95.629, Leipzig 76.185, München 63.594, Nürnberg 55.723, Frankfurt a. M. 43.807, Stuttgart 43.453, Chemnitz 42.403, Bremen 37.971, Hannover 37.311, Breslau 31.732, Köln 31.176 und Magdeburg 30.765. Weitere 24 Karteile hatten mehr als 20.000 Mitglieder, nämlich: Stettin 24.573, Düsseldorf 23.213 und Kiel 22.229.

Als nicht angelassen wurden in 202 Orten 327 Zweigvereine der Centralverbände gezählt (1912 in 189 Orten 272). Hierunter sind aber viele mit so geringen Mitgliederzahlen, daß sie als Zweigvereine im eigentlichen Sinne nicht zu betrachten sind. Von diesen 327 nicht angelassenen Zweigvereinen bzw. Mitgliedschaften hatten 303 zusammen 19.429 Mitglieder; das sind im Durchschnitt für den Zweigverein 53, 91,5 p.ßt. der Mitglieder der Centralverbände gehörten den Gewerkschaftskartellen an.

Die in Jahre 1913 entstehende Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle erscheint nach der Statistik in einem günstigen Tichte. Es wurden von ihnen 2801 allgemeine und 1125 berufliche Versammlungen veranstaltet (1912: 2244 und 1044). Die Vermehrung ist auf die stattgefundenen Karnevalssässen zu machen zu rückschließen, die eine rege Tätigkeit der Karteile notwendig machen. Die Wirtschaftskrise veranlaßte eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosenzählungen (von 27 auf 179). Diese Zahlungen waren noch umfangreicher als im Krisenjahr 1908, in dem 114 solche vorgenommen wurden. Auch die Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die sonstigen Erhebungen haben zugenommen, ersterer von 4 auf 19, letztere von 33 auf 121.

Die Loyalitätsfrage erfordert nach wie vor viele Mühen und Opfer von den Gewerkschaftskartellen. Dies kommt vor allem zum Ausdruck in der fortgeleiteten Annahme der Gewerkschaftshörbergen. Es wurden gezählt: 1912 349 Gewerkschaftshörbergen in Gastwirtschaften, 1913 375, 1912 36 solche in eigener Regie, 1913 41. Die Fürsorge für die durchreisenden Gewerkschaftsgäste ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, die nicht vernachlässigt werden darf. Oft sind hierbei erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Mängel im Herbergswesen und an Versammlungsräumen führen zur Errichtung, Einrichtung oder Pachtung von Gewerkschaftshäusern, die im Berichtsjahr um 6 zugenommen haben, nämlich von 77 auf 83. Davon sind 47 im eigenen Besitz der Karteile. Das aber bei der Errichtung oder Pachtung von solchen Vorrichtungen notwendig ist, das steht immer wieder die Erfahrung. Häufig sind die Gewerkschaften froh, wenn sie ihre diesbezüglichen Verpflichtungen los werden. Hierfür bietet Hildesheim ein Beispiel, das neben einem eigenen Gewerkschaftshaus noch ein solches gepachtet hatte, das 1914 zu aller Freude wieder ausgegeben werden konnte.

Die Einrichtung von Bibliotheken und Leihzimmern hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Die gemeinsamen Bibliotheken wurden von 581 auf 659, die Lesezimmer von 98 auf 106 vermehrt. Auch die Referenzbibliotheken weisen eine Zunahme auf. Die letztere Institution ist aber wohl großenteils durch die Bildungsauschüsse, die ihre Aufgaben übernommen haben, überflüssig geworden. Diese haben sich in den letzten Jahren stark entwickelt und sind ein gutes Mittel, um Bildung und Wissen unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. In Bildungsausschüssen waren 1912 429, 1913 501 Karteile beteiligt, an Jungen und Frauen in 1912 415, 1913 450 Karteile. Diese beiden Einrichtungen führen die Vertretungen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterschaft zu gemeinsamer etatistischer Arbeit zusammen. Zur Förderung dieser werden von mehreren Karteilen Extrabeiträge erhoben, was bedeutet, daß die Arbeiter keine Opfer und Mühen scheuen, um ihr Wissen zu vertiefen und allgemeine Ausbildung zu verbreiten. Dies wird, allen Klänischen Schlägen zum Trotz, auch in Zukunft so blieben.

Die von den Karteilen geschaffenen Einrichtungen für die Förderung des Arbeiterschulungses werden zum Teil durch die Arbeitserziehungsstätte oder durch angestellte Beamte abgeführt. Das erfordert die geringe Annahme der Kommissionen für Beschwerden an Gewerkschaftsstreitungen, von 133 auf 137. Besondere Kommissionen für Belästigung des Sozial- und Logistizwanges beim Arbeitgeber wurden 1913 weniger als 1912, nämlich 34 gegen 42. Dies ist dadurch zu erklären, daß diese Art der Entlohnung immer mehr zurückgeht und daß die Gewerkschaften, für die solche Verhältnisse noch eine größere Rolle spielen, die Aufgaben dieser Kommissionen mehr und mehr selbst übernommen haben. Die Bauarbeiterbeschäftigungnahmen nahmen von 257 auf 232 zu. Auch auf diesem Gebiete sind andere Korporationen gleichfalls tätig. Teilweise werden diese Kommissionen auch nicht von den Karteilen, sondern unabhängig von ihnen von den beteiligten Verbänden gebildet.

Die Mitwirkung der Karteile bei Ausbringung von Mitteln für Streiks und Ausbürgerungen ist durch die Entwicklung der Verbände zurückgegangen. Sie ist noch mehr eingeschränkt worden durch die Verhältnisse des letzten Gewerkschaftsjahrs. Im Berichtsjahr war ebenso auf diesem Gebiete keine größere Tätigkeit notwendig, was sich auch im Kostenbericht zeigt.

Eins der wichtigsten Gebiete der Tätigkeit der Karteile bildet die Gewährung von Rechtsberatung und Rechtschutz. Hierfür wurden von ihnen 112 Arbeitserziehungsstellen (1912: 103) und 232 (1912: 212) Rechtsausschüsse unterhalten. Eigene Büros haben außerdem noch 23 Karteile, 1912: 20. Die Zahl der von den Karteilen Angestellten wurde von 183 auf 234. Über die legitime Tätigkeit der Sekretariate und Ausschüsse sowie über die Arbeitserziehungsstellen werden später erscheinende besondere Statistiken einerseits Angaben gegeben.

Die Höhe der Karteilebeiträge ist sehr verschieden. Sie schwanken zwischen 5,- und 610,-. Die Karteile Rosslau und Elster mit den höchsten Beiträgen von 6,- und 610,- erheben für Errichtung von Gewerkschaftshäusern je 50,- jährlich. Die Beiträge liegen aber sehr verschieden. Der Durchschnittsbeitrag betrug 1912: 84,-, 1913 dagegen 92,7,-. Die Karteile mit Beiträgen bis zu 40,- pro Karteil werden weniger, ihre Zahl betrug 1910: 259, 1913 nur noch 231. 176 Karteile, gleich 22,6 p.ßt. aller mit 31,8 p.ßt. bei den Karteilen ungezählten Mitgliedern erhoben jährliche Beiträge von mehr als 1,- pro Mitglied. Man er sieht daraus, daß die Ansprüchen, die von den Karteilen in bezug auf Beitragsleistung gestellt werden müssen, nicht geringer sind und daß diese Ansprüche fortgesetzt werden.

Die Einnahmen der Karteile belaufen sich 1913 auf 2.136.507,-, das sind 180.213,- mehr als 1912. Die Ausgaben betragen 2.162.559,- gegen 1.767.055,- im Jahre 1912. Daraus werden also 267.188,- = 22,6 p.ßt. für Sekretariate und Aus-

kunftsstellen ausgegeben (1912: 578.086,- = 20,9 p.ßt.). Die Auswendungen der Gewerkschaftsmitglieder hierfür sind in Wirklichkeit noch bedeutend höher; denn in diesen Summen sind die direkt an die Sekretariate gezahlten Beiträge nicht enthalten. Auch gehört ein Teil der Ausgaben für Verwaltungskosten unter diesen Posten. Auch die Ausgaben für Bibliotheken und sonstige Bildungsbestrebungen zusammen ein wesentlich höherer Prozentsatz der Ausgaben veranlaßt wird. Für Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume wurden 15.491,- mehr ausgegeben als 1912, nämlich 160.976,-. Das Verhältnis zur Gemeinkostenausgaben ist aber proportional niedriger, 7,9 zu 8,6 p.ßt. Dagegen sind die Ausgaben für Agitation und Arbeitervertreterwahlen absolut und prozentual wesentlich gestiegen, namentlich für letztere. Das ist begreiflich bei dem Umfang dieser Wahlen im Jahre 1913. Für Agitation wurden ausgegeben 130.181,- = 6 p.ßt. (1912: 94.746,- gleich 5,6 p.ßt.), für Arbeitervertreterwahlen 174.918,- = 8,1 p.ßt. (1912: 43.053,- = 2,4 p.ßt.). Die sonstigen Verschwendungen in den Ausgabenposten sind abgezogen von dem für Streiks und Ausbürgerungen, von geringer Bedeutung. Sie verteilen sich wie folgt: Statistische Erhebungen 6137,- = 0,3 p.ßt. (1912: 6490,- gleich 0,4 p.ßt.), Herbergen und Arbeitsnachweise, worunter auch teilweise Gefangen, an Durchreisende und Ausgaben für Schlafzettel, 61.071,- = 3 p.ßt. (1912: 58.560,- = 3,8 p.ßt.), Streiks und Ausperrungen 18.345,- = 0,8 p.ßt. (1912: 151.370,- = 8,5 p.ßt.), Verwaltungskosten 287.518,- = 13,8 p.ßt. (1912: 235.555,- gleich 13,2 p.ßt.) und Sonstige Ausgaben 656.437,- = 30,3 p.ßt. (1912: 553.244,- = 30,9 p.ßt.). Die Räumlichkeiten der beteiligten Karteile sind infolge der außertordentlich hohen Ausgaben zurückgegangen von 1.033.789,- im Jahre 1912 auf 1.026.657,- im Jahre 1913.

Technische Gebäude wie unsere Karteile sind die Ortsverbände der Kirchlich-Diakonischen Gewerbevereine. Solche sollen nach den Angaben des "Gewerbevereins", des Organs dieser Gewerkschaften, 211 befehlen. Nach den Berichten der Karteile sind, ergänzt durch Berichte im "Gewerbeverein", vier in der Karteilestatistik über 180 dieser Ortsverbände Auskunft gegeben; 122 von ihnen waren 517 Ortsvereinen angeschlossen. Mangels genügender Ausgaben konnte über die Ortsverbände nur ein unvollständiges Bild gegeben werden.

Anderer steht es mit den christlichen Gewerkschaftskartellen, über deren Tätigkeit zum erstenmal im vorigen Jahre eine Statistik veröffentlicht wurde. Sie enthält Angaben über 265 Karteile, darunter 45 Unterkarteile. Diese waren 1912 233.700 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, angehört, was bei 350.930 Gefamiliengliedern dieser Verbände einer Prozentszahl von 66,6 entspricht gegen 90,6 bei uns (1913: 91,6 p.ßt.). Die meisten Mitglieder hatten die Karteile Essen (17.611), Saarbrücken (14.722), Aachen (12.588), Gelsenkirchen (12.211), Köln (11.355) und Dortmund (10.001). Die Beiträge zu den christlichen Karteilen sind im allgemeinen niedriger; sie betragen im Durchschnitt 52,11 gegen 84,8,- im gleichen Jahre bei unseren Karteilen. Die Einnahmen der christlichen Karteile betrug 1912 101.485 Mark, die Ausgaben 94.639,-. Mehr als ein Drittel der letzteren, nämlich 32.989,- = 34,9 p.ßt., entfiel auf die Verwaltungskosten, 23.127,- = 24,4 p.ßt. auf Agitation, 11.749,- = 12,4 p.ßt. auf Arbeitervertreterwahlen, 5.731,- = 6,1 p.ßt. (1911: 12.070,- = 15,3 p.ßt.) auf Rechtsaustausch, nur 3038,- gleich 3,2 p.ßt. (1911: 3708,-) auf Bibliotheken und der Rest auf sonstige Ausgaben. Auffällig ist der Rückgang der Ausgaben für Rechtsaustausch und Bibliotheken, die bei unseren Karteilen fortgesetzte vermehrte Auswendungen nötig machen.

Die Jahresstatistik der Gewerkschaftskarteile läßt erkennen, daß ihre Ausgaben und ihre Ausgaben gewachsen sind; hierin bringt auch sein zeitweiliger Mitgliederverlust eine Aenderung. Manchmal, so die Aufstellung von Mitteln für Streiks, hat nicht mehr die Bedeutung wie früher. Dafür sind andere Verpflichtungen hinzugekommen, wie die Arbeit für die "Volksfürsorge", die Mitarbeit in die Arbeiterschaft wichtigen Körperschaften, wie Genossenschaften, bei staatlichen Einrichtungen usw. Die Jugendziehung und die Bildungsbestrebungen machen immer höhere Auswendungen nötig, und gern bringt die organisierte Arbeiterschaft immer mehr Opfer, weil sie weiß, daß dies zu ihrem Wohle und Vorwärtskommen dienlich ist.

So ist auch die diesmalige Statistik ein Beweis dafür, daß sichspurierendes Leben in den deutschen Gewerkschaftskartellen herrscht. Viel bleibt aber noch zu tun übrig und nicht immer wird das geleistet, was bei geringer Mühe öfters möglich wäre. Hier hat jeder die Verpflichtung zur Mitarbeit. Keine Gewerkschaft darf bei der Arbeit für die gemeinsamen Ausgaben beiseite stehen. Alle haben ihre Kräfte einzugeben für die einträchtige erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Arbeiterschaft. —

Rundschau.

Bankrotkurse. Wie verwüstend die Kriegsschlacht wirkt, das zeigt der Kurssturz der Industriepapiere, wie er im Anfang der Panik zu verzeichnen war. Inzwischen ist der Kurs noch tiefer gesunken — die Pleite kommt erst noch hinterher. Die nachstehenden Kursveränderungen geben ein Bild von der Verwüstung.

	1. Oktober	25. Juli

<tbl_r cells="3" ix="4" maxcspan="1" maxrspan="1"

19. Mai ausgeschriebene Wahl kam aber nicht zustande, da die Beamten, die übrigens mit ihren Gehaltsverhältnissen recht unzufrieden sind, in einer tags zuvor abgehaltenen Versammlung beschlossen hatten, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Die Sitzungen des Ausschusses ließen erkennen, daß es dem Direktorium und dem Verwaltungsrat nicht darauf ankam, den Beamten ein Organ zur wirklichen Vertretung ihrer Interessen zu verschaffen, sondern es war ihnen darum zu tun, ein Dekorationsstift zu schaffen, das zunächst den Beamten etwas derartiges vorlässt, dann aber auch nach außen hin darum sollte, wie musterhaft diese Behörde ihre Pflichten als Arbeitgeber aufzeigt. Dies durchschauten die Beamten und lehnten es, wie sie ausführten, "aus Achtung vor sich selbst" ab, an einer derartigen Einrichtung mitzuwirken. In einer ausführlichen Eingabe begründeten sie diesen Standpunkt. Sie bemängelten, daß der Ausschuß niemals gehört werden müsse, sondern immer nur gehört werden könne, wenn es dem Direktorium der Unstalt beliebt. Ferner sei es notwendig, daß der Ausschuß auch das Recht erhalte, in Gehaltsfragen und in Angelegenheiten einzelner Beamten mitzusprechen. In der Tat wäre ein Angestelltenausschuß, der in diesen wichtigen Dingen nichts zu sagen hat, eine ganz wertlose Einrichtung.

Was antworteten aber Direktorium und Verwaltungsrat auf die wohl begründeten Eingaben der "Vereinigung der mittleren Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte"? Die beiden Schreiben haben nahezu denselben Wortlaut. Eins davon wollen wir hier wiedergeben.

Berlin-Wilmersdorf, den 30. Juni 1914.

Dem Vorstande der Vereinigung eröffne ich, daß der Verwaltungsrat auf die Eingabe vom 27. d. M. auf Antrag seines Petitionsausschusses einstimmig und ohne Erörterung wie folgt beschlossen hat: Solange die Beamten von dem ihnen gegebenen Recht, sich eine Vertretung zu schaffen, keinen Gebrauch machen, muß es der Verwaltungsrat ablehnen, zu irgend welchen Eingaben von Beamtenvereinigungen Stellung zu nehmen; er geht daher über die vorliegende Eingabe zur Tagesordnung über.

Man will jetzt also die Beamten zwingen, sich mit dem Monstrum abzufinden, das ihnen vorgelegt ist. Bis jetzt verspüren sie aber anscheinend wenig Neigung dazu. — Die Ungelegenheit wirft ein eigentümliches Licht auf den antisozialen Geist, der in der Leitung dieser neuen sozialen Versicherungseinrichtung herrscht. Die Vorgänge dürften nicht nur die beteiligten Versicherten, sondern auch die breitere Öffentlichkeit interessieren. Jedenfalls werden wohl die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die ganze Sache aufgreifen und nach dem Wiederzusammensetzung im Reichstage zur Sprache bringen.

Der Gewerbetreibende haftet für unterlassenen Arbeitsschutz. Fast in Vergessenheit ist in der Gerichtspraxis die Anwendung des § 151 der Gewerbeordnung geworden, nach dem der Unternehmer neben dem Betriebsleiter für Übertretung von Arbeitsschuhvorschriften zu haften hat. Dieser Tage hat ein Kammergerichtsurteil die Vorschrift wieder in Erinnerung gebracht.

Herr Manes aus Charlottenburg, der Mitinhaber, Geschäftsführer und kaufmännische Leiter eines größeren Betriebes, gab eines Tages der Vorsieherin der Kolorierableitung, Fräulein Schadow, den Auftrag, dafür zu sorgen, daß eine eilige Arbeit rechtzeitig zur gefesteten Frist fertig werde. Es wurden demnächst in der Abteilung einige Überstunden von Arbeitern gemacht, so daß die gesetzliche Arbeitszeit von zehn Stunden überschritten wurde. Herr Manes wußte von den Überstunden nichts.

Das Landgericht III verurteilte ihn jedoch wegen Übertretung der Vorschriften der Gewerbeordnung, indem es den § 151 für anwendbar erachtete. Danach haftet strafrechtlich neben dem Leiter eines Betriebes oder Betriebsleiter auch der Gewerbetreibende, wenn die Übertretung mit seinem Vorwissen begangen ist oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aussichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen. Das Landgericht ging davon aus, daß Angestellter von den Überstunden nichts gewußt habe. Er habe aber fahrlässig gehandelt, indem er die ihm mögliche Aufsicht im Sinne des § 151 nicht gewußt habe, wozu er wegen der Tatsigkeit der Arbeit besondere Aufsicht gehabt hätte. Wenn er die fragliche Abteilung einige Male am Abend bei der regulären Schlacht kontrolliert hätte, dann würde Fräulein Schadow daraus geschlossen haben, daß keine Längerarbeit vorlag.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten gegen dies Urteil gerichtete Revision.

Nämlich der § 151 GO. stets in dieser Weise zur Anwendung, so würde die Zahl der gewohnheitsmäßigen Verletzungen von Arbeitsschuhvorrichtungen sich in etwas vermindern.

Freisinnige Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung. Die Handels- und Gewerbelammer von Sonneberg befaßte sich kürzlich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Es wurde eine Resolution des Hofrats Prof. Dr. Anschütz angenommen, in der große Bedenken geäußert werden gegen die in Vorschlag gebrachte Reichsarbeitslosenversicherung. Diese Kammer ist, ohne auf die grundfältlichen Bedenken gegen die Arbeitslosenversicherung einzugehen, der Ansicht, daß das Maß und der Umfang von Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich einigermaßen erfordere. Man solle vielmehr die Arbeitslosigkeit mit einem planvoll angelegten, das ganze Deutsche Reich umfassenden Arbeitsnachweis bekämpfen.

Die arbeiterfeindliche Haltung der fast ausschließlich aus freisinnigen Spielwarenexporten zusammengesetzten Handelskammer wird verständlicher, wenn man weiß, daß die häufige Arbeitslosigkeit der Heimarbeiter den Spielwarenexporten stets eine Gelegenheit war, die Preise der in der Haushaltswirtschaft erzeugten Spielwaren herabzusetzen. Das würde ihnen natürlich erheblich schwerer werden, wenn die armen Heimarbeiter einen Rückhalt in einer Arbeitslosenversicherung finden würden. Daher die Ablehnung! Die Haltung der freisinnigen Unternehmer zeigt, wie diese Partei zu der Arbeitslosenversicherung steht. Nun hat der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei in Elberfeld beschlossen, für den Parteitag in Eisenach den Antrag zu stellen, auf die Tagesordnung die Arbeitslosenversicherungsfrage und die Frage der Verein-

heitlichkeit des Angestelltenrechts zu setzen. Was dabei herauskommt, läßt sich an der Haltung der Sonneberger Freisinnigen sehr leicht ermessen.

Scharfmacherische Kampfmethode gegen kommunale Sacharbeitsnachweise. Den meisten Unternehmerverbänden ist jedes Mittel recht, wenn sie Einrichtungen, die nicht einsitzige Scharfmacherinteressen wahrnehmen, bekämpfen wollen. In solchen Fällen schreien sie vor dem niedrigsten Terrorismus, vor Verurteilung, Denunziation und der Verbreitung ausgemachter Unwahrheiten nicht zurück.

Vielen Unternehmerverbänden ist die kommunale Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage verhaftet: lieber geben sie jeden eigenen Einfluß darauf preis, als daß sie den Gehilfen irgend welches Mitbestimmungsrecht einräumen. In Hannover dagegen standen Unternehmer und Arbeiter einmütig auf dem Standpunkt, daß sie gemeinsam mit dem städtischen Arbeitsnachweis im Interesse einer unparteiischen Arbeitsvermittlung wirken müssen. Das hat schon seit langer Zeit den Haß der Leitung des allgemeinen Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe entfacht. Und die daraus entstandenen Differenzen trugen wesentlich dazu bei, daß die hannoverschen Malermeister aus diesem Verbande austreten. In seiner Wut über den Austritt der Malermeister stellte das Organ Norddeutschlands des erwähnten Arbeitgeberverbandes im vorigen Jahre die Behauptung auf, der städtische Arbeitsnachweis in Hannover arbeite "einseitig und zugunsten der Streiklaune der Gehilfen", denn er habe nach einem bestimmten Ort keine Gehilfen vermittelt, weil die Gehilfenorganisation dort die tariflichen Streitigkeiten noch nicht für erlebt hielt.

Auf diese schweren Vorwürfe sandte die Leitung des angegriffenen Arbeitsnachweises dem erwähnten Organ unter Hinweis auf das Preßgesetz ein Schreiben, in dem die aufgestellten Behauptungen als "falsch und den Tatsachen direkt zu widerlaufen" bezeichnet und nachgewiesen wurden. In dem Schreiben wurde weiter angefragt, wie die einwandfreie Geschäftsführung des Arbeitsnachweises der Leitung des Unternehmerverbandes Veranlassung geben könnte, ohne weiteres eine derartige Verurteilung über einen städtischen Arbeitsnachweis zu veröffentlichen.

Das so der Verbreitung glatzer Unwahrheiten überführte Scharfmacherorgan berichtete natürlich nichts; es ließ nach der bei dieser Presse selbsterklärenden Methode die verbreiteten Schwundseien ruhig weiterwirken. Und nun geschah ein weiteres: Es ging eine Denunziation an das preußische Ministerium ab, in der es geheißen haben soll, der städtische Arbeitsnachweis begünstige einseitig die "sozialdemokratischen Streigwerkschaften". Da das erwähnte Unternehmerorgan seinerzeit erklärte, es werde noch "über den Erfolg" dieses besonderen Schrittes berichten, dies aber bisher nicht getan hat, so ist anzunehmen, daß die Denunziation, weil völlig halslos, zurückgewiesen worden ist.

Vielleicht glaubten die Drahtzieher, darum mit ihrem Streiche Glück zu haben, weil der preußische Handelsminister schon einmal in die Tätigkeit des Arbeitsnachweises eingegriffen hat, ohne daß deshalb die Arbeitsvermittlung ausgegeben wurde, oder daß der Nachweis zu einem Werkzeug der Scharfmacherei herab sank.

Iedenfalls zeigt der ganze Vorgang, was sich das Unternehmertum leistet, um auch bei der Arbeitsvermittlung seine Interessen durchzusetzen und daß ihm vor allem die paritätischen Nachweise verhaft sind.

Ein lehrreicher Vergleich. Eine auch weitere Kreise interessierende Gegenüberstellung der Finanzgebühr in den freien und in den christlichen Gewerkschaften veröffentlicht der "Proletarier", das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter. Er stellt zunächst fest, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913 insgesamt nur 2 498 658 Mark Unterstützungen an ihre Mitglieder gezahlt haben, während der Fabrikarbeiterverband allein noch etwas mehr, nämlich 2 515 012. Er dafür aufwendete, obwohl er nur rund 210 000 Mitglieder hat gegen 340 000 in den christlichen Gewerkschaften. Dann stellt der Proletarier die Einnahmen und Ausgaben, darunter gesondert die Ausgaben für Unterstützungen und das Vermögen im Verband der Fabrikarbeiter den gleichen Posten in zwei christlichen Verbänden gegenüber, die für ihn als sogenannte Konkurrenzverbände in Frage kommen. Es sind dies der christliche Fabrik- und Hilfsarbeiterverband und der christliche Keramikerverband. Die absoluten Zahlen dieser Gegenüberstellung interessieren hier nicht, um so mehr die Verhältniszahlen. Der durchschnittliche Beitrag ist danach im Verband der Fabrikarbeiter nicht höher als bei den Christen; die Ausgabe pro Mitglied ist aber nicht unweiglich niedriger. Das heißt, der Verband der Fabrikarbeiter hat einen größeren Bruchteil der Einnahmen seinem Vermögen zuführen können. Betrachten wir aber nicht die Gesamtsumme, sondern nur einen Teil davon, der für Unterstützungen ausgegeben wurde, so zeigt der Fabrikarbeiterverband die weitauß höchste Ziffer. Von seinen Ausgaben fließt also ein weitaus größerer Bruchteil an Mitgliedern in Form von Unterstützungen aller Art direkt wieder zu. Man kann das noch schwächer herausheben durch Feststellung der Tatsache, daß im christlichen Hilfsarbeiterverband von jeder Mark Ausgabe nur 33 % in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurückfließen, im christlichen Keramikerverband 40 %, im Verband der Fabrikarbeiter aber 65 %.

Diese Beziehung zeigt, daß der Verband der Fabrikarbeiter den beiden christlichen Verbänden nicht nur als Kampforganisation, sondern auch im Unterstützungsweisen weit überlegen ist. Der "Proletarier" verweist noch darauf, daß die den Mitgliedern so ungünstige Verteilung der Ausgaben in den beiden christlichen Verbänden nicht ein Beweis schlechter Finanzwirtschaft sein müsse, sondern sich aus der geringen Mitgliederzahl in den beiden Verbänden mit erklären lasse. Daraus knüpft er die sehr richtige Folgerung: "Wer gerade deshalb sollten die christlichen Arbeiter um so eher zu der Überzeugung kommen, daß es nicht nur Kräfteversplitterung, sondern auch Geldver-

schwendung ist, wenn abseits von dem großen Heer der freien Gewerkschaften Sondergruppen gebildet werden, denen das Leben ebenso schwer fällt, wie das Sterben und deren Nutzen für die Arbeiter geringer ist als der Schaden, den sie direkt und indirekt der großen Sache des proletarischen Befreiungskampfes zufügen."

Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist "sozialdemokratisch". Diese Tatsache stellt die "Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker" (Prinzipalsorgan) in ihrer Nummer vom 7. Juli in völlig einwandfreier Weise fest. Man höre: Am 29. Juni veranstaltete der Ortsverein des Verbandes deutscher Buchdrucker in Köln sein Johannistfest. Laut Anzeige im "Kölner Stadtanzeiger" waren die Karten dafür, außer bei der Geschäftsstelle des Verbandes, im Gewerkschaftshaus ("sozialdemokratisch" nennt es die "Zeitschrift") und in dem Bureau der sozialdemokratischen "Rheinischen Zeitung" zu haben. Daraus schlüßfolgert das Prinzipalsorgan:

"Bei der "Rheinischen Zeitung" stehen laut dem Verzeichnis der Tarifanerkennungen vom 30. April 1914 nur 24 Gehilfen von insgesamt 1300 Gehilfen in Groß-Köln. Warum waren die Karten nicht zum Beispiel auch bei Bachem, wo 161 Gehilfen, bei Du Mont, wo 297 Gehilfen, bei der Kölner Verlagsanstalt, wo 159 Gehilfen oder bei Greven u. Bechtold, wo 61 Gehilfen beschäftigt sind, zu haben?"

Diese Beweisführung ist durchaus schlüssig und läßt auch für den schlauesten Verbandsstaatler keine Masche offen, durch die er etwa hindurchzuschlüpfen und seine neutrale Unschuld zu retten vermöchte. Ob die Herren Bachem, Du Mont usw. den Karten zum Johannistest in ihren Büros geduldet haben würden, danach hat sich die "Zeitschrift" gar nicht erst erkundigt. Für sie ist der Beweis der sozialdemokratischen Tendenzen" des Buchdruckerverbandes mit der besagten Tatsache erwiesen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dietzmann, Vorsitzender, Bremen, Haulenstraße 68/69, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 8048. Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niederrhein, Bremen, Haulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonti, bei der Bankabteilung der Großkonzern-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postcheckkonto Nr. 5849 beim Postcheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Arohn, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Nendorf, Bremen, Haulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Auskunft bestimmte Zuschriften sind an Emil Eissen, Altona-Ditzen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen.

An die Mitglieder der Ortsverwaltungen!

Der Kriegszustand ist erklärt und bis diese Zeilen in die Hände der Mitglieder gelangt sind, ist wahrscheinlich der Weltkrieg entsagt.

Diese Tatsache ermahnt uns zur besonderen Pflichterfüllung das Fortbestehen unserer Organisation sicher zu stellen, das Verbandschiff durch die Kriegswirren hindurchzuführen.

Da infolge dieser Kriegswirren sehr viele unserer männlichen Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen werden, ergeht an die nachleibenden Mitglieder die dringende Mahnung, Ihre volle Pflicht dem Verbande gegenüber nach wie vor zu erfüllen.

Für die herrschenden Verhältnisse ersucht der unterzeichnete Vorstand, das Nachfolgende zu beachten.

Auskündigungen.

Allen Mitgliedern, die gegenwärtig zum Militär eingezogen werden, wird empfohlen, das Mitgliedsbuch vorher bei der Ortsverwaltung abzugeben und sich abzumelden. Die Rechte und Pflichten dieser Mitglieder ruhen nach den Bestimmungen des Statuts bis zu ihrer Entlassung.

Allen Mitgliedern, die gegenwärtig zum Militär eingezogen werden, wird empfohlen, das Mitgliedsbuch vorher bei der Ortsverwaltung abzugeben und sich abzumelden. Die Rechte und Pflichten dieser Mitglieder ruhen nach den Bestimmungen des Statuts bis zu ihrer Entlassung.

Die Bevollmächtigten dagegen sind verpflichtet, die Mitgliedsbücher der zum Militärdienst eingezogenen Mitglieder gewissenhaft und sicher aufzubewahren, um sie bei der eventuellen Rückkehr der Befreienden wieder auszuhändigen zu können.

Statistik

Um über die während des Kriegszustandes eingezogenen Mitglieder eine genaue Statistik aufstellen zu können, werden die Bevollmächtigten verpflichtet, die genannten Namen der eingezogenen ihr Gewerbe, Nummer des Mitgliedsbuches, Eintrittsdatum und Beitragszahlung anzugeben. Über weitere Einberufungen zum Militär ist dann jede Woche in der angegebenen Weise laufend zu berichten.

Vertrauenspersonen.

Da nun auch Bevollmächtigte zum Militär eingezogen werden, ist es notwendig, an deren Stelle zuverlässige Vertrauenspersonen heranzuziehen, denen die Weiterleitung der Verbandsgeschäfte übertragen werden kann.

Die Ortsverwaltungen sind berechtigt, Vertrauenspersonen heranzuziehen und sie dem Vorstande in Vorschlag zu bringen.

Kassenbüro.

Der Kassen- und Wertzeichenbestand ist bei der Übergabe des Geschäfts an Vertrauenspersonen in jedem Falle festzustellen.

Geldverleih.

Zu Ende des Kriegszustandes ist der Geldverleih von und nach den Orten der Oberpostdirektionen beizulegen: Wetzlar, Trier, Breslau, Bromberg, Danzig, Gumbinnen, Königsberg, Oppeln und Breslau vollständig unterbrochen. Die Ortsverwaltungen der in diesen Bezirken liegenden Ortsstellen müssen es sich deshalb zur strengsten Pflicht machen, die Ortsstellen und weiter eingehenden Gelder gewissenhaft aufzubewahren und die überflüssigen Gelder nach Aufhebung der Verkehrsbesperrung sofort an den Verbandsvorstand einzufinden. Mit allen übrigen Zahlstellen findet der Geldverleih in der bisherigen Weise statt.

Adressen von Vertrauenspersonen.

Die Adressen von Vertrauenspersonen sind dem Vorstand mitzuteilen, damit die Verbindung mit den Mitgliedschaften

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 32

Sonntag, den 9. August

1914

Zum 9. Internationalen Tabakarbeiter-Kongress.

Der gesamten Kollegenschaft und insbesondere den gewählten Delegierten diene zur Kenntnisnahme, daß angesichts des Krieges der nach Wien einberufene 9. Internationale Tabakarbeiterkongress nicht stattfindet.

Bremen, den 31. Juli 1914.

Internationales Tabakarbeiter-Sekretariat.
J. A. A. Deichmann, Sekretär.

Gau Herford.

Die zum 9. August angesetzte Sortiererkonferenz fällt aus.

Die Gauleitung: W. Schlüter.

Fachausschüsse in der Tabakindustrie.

Nachdem das Hausarbeitgesetz die Errichtung von Fachausschüssen für die Hausarbeiter vorgesehen hat, leider nicht obligatorisch, hat der Bundesrat endlich auch in seiner Verordnung vom 18. Juni 1914 die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für diese Fachausschüsse geschaffen. Nun haben aber schon vor langer Zeit die Tabakarbeiter in Gegenden mit starker Hausindustrie um die Errichtung von Fachausschüssen Eingaben an die zuständigen Körperschaften gemacht, so in Hamburg-Altona und Umgegend, in Bremen und Umgegend, im östlichen Westfalen und in Königreich und Provinz Sachsen, in der Hessen, ein wenig Schutz in ihrer bedrückten Lage zu finden. Sie waren der Ansicht, daß das Hausarbeitgesetz zum Schutze der Arbeiter geschaffen worden sei und glaubten nicht, daß die Regierungen und Behörden bei der Durchführung der Bestimmungen sich von den Interessen der Fabrikanten leiten lassen würden. Deshalb war es den Arbeitern auch selbstverständlich, bei der Durchführung des Gesetzes mitzuwirken. Aber wenn jemals zum Ausdruck gekommen ist, daß die Arbeiterschutzgesetze nur dann durchgeführt werden dürfen, wenn es die Unternehmer wollen, dann hier bei den Fachausschüssen für die Tabakindustrie. Nirgends sind bis jetzt Sachverständige aus den Kreisen der Hausarbeiter zu Rate gezogen worden. Immer und immer wieder wenden sich Regierungen und Behörden an jene Korporationen, die Unternehmerinteressen vertreten. Wie aber die Unternehmer der Tabakindustrie zu der Errichtung von Fachausschüssen stehen, könnte auch die Regierung wissen. Sie müsste sich sagen, daß die ohne Widerspruch erfolgte Neuerzung des Fabrikanten Schmidt-Altona im Deutschen Tabakverein, unter keinen Umständen Fachausschüsse zu dulden, eine Parole für die deutschen Zigarrenfabrikanten bedeutet. Würde doch jahls deneblich gegen den Willen der Fabrikanten Fachausschüsse eingerichtet werden würden, die Teilnahme dann verweigert. Die Hausarbeiter, die neben allem Ungemach auch noch eine materielle Schädigung durch die Bundesratsverordnung vom 17. November 1913 hinnehmen mußten, hofften und hoffen immer noch auf eine Erfüllung ihres Wunsches.

Wir hatten schon Gelegenheit, mitzuteilen, wie sich der Regierungspräsident zu Schleswig an die Altonaer Handelskammer um eine Stellungnahme zu den Fachausschüssen in der Tabakindustrie bemühte. In solchen Fällen lassen die Handelskammern natürlich ihre Sachverständigen sprechen. Wenn wir nicht irren, ist Herr Schmidt, der im Deutschen Tabakverein grundsätzlich die Fachausschüsse ablehnte, Mitglied der Altonaer Handelskammer, so daß man über die Antwort dieser Körperschaft nicht im Zweifel zu sein brauchte.

Auch die Leipziger Handelskammer feist nun mit, daß sie von der Kreishauptmannschaft und dem Rat der Stadt Leipzig um ein Gutachten über die Errichtung von Fachausschüssen für die Tabakindustrie angegangen worden sei und ein solches auch erstattet habe. Anträge auf Errichtung von Fachausschüssen lagen von den Hausarbeitern in Leipzig und Umgegend vor. Und die Antwort der Leipziger Handelskammer, in der auch selbstverständlich die Zigarrenfabrikanten vertreten sind? Nun, sie vermag die Notwendigkeit der Errichtung von Fachausschüssen nicht anzuerkennen. Sie schreibt:

Wir schließen uns den gedauerten Bedenken an und sprechen und gegen die Errichtung von Fachausschüssen aus. In der in unserem Bezirk in erheblichem Umfang vertretenen Tabak- und Zigarrenindustrie besteht für die Errichtung derartiger Fachausschüsse kein Interesse, was schon daraus hervorgeht, daß von 22 befragten Firmen nur acht geantwortet haben. Diese acht Firmen, unter denen sich die größten ihres Geschäftszweiges befinden, treten mit einer Ausnahme vielmehr mit Bestimmtheit gegen die Errichtung von Fachausschüssen ein, weil sie darin eine ständige Reibesfrage der Interessen erblicken und in ihnen einen bedenklichen Schrift lieben, dem Arbeitgeber sein notwendiges und schon beträchtlich beschränktes Übergewicht in seinem eigenen Hause weiter zu verlängern. Ein großer Teil der von der Tabakindustrie unseres Bezirkes beschäftigten Betriebshersteller sind ältere Männer und Frauen, die ein bequemes Leben zu Hause wünschen, als sie in der Fabrik haben; der einzelne selbst etwa nur die Hälfte der Arbeit eines Fabrikarbeiters. Von den erwähnten acht Betrieben werden ungefähr 220 Hausarbeiter beschäftigt. Nur eine Firma, die in der Hauptfache in der Fabrik ihre Zigarren herstellt und nebenbei sechs Delmarbeiter be-

schäftigt, hat keine Bedenken gegen die Errichtung von Fachausschüssen. Sie bezeichnet als Sitz des Fachausschusses, der sich nicht über Sachsen hinaus erstrecken soll, Döbeln, an welchem Orte nach Angabe der Firma ihre Industrie den Hauptteil habe."

Also immer und überall der alle berechtigten Ansprüche der Arbeiter rücksichtslos niedertrampelnde Standpunkt unserer Fabrikanten. Keine Spur von sozialem Verständnis!

Wir haben erst in voriger Nummer des Tabak-Arbeiter eine Übersicht über die Bestimmungen des Bundesrates betr. Errichtung von Fachausschüssen gegeben; aus dieser und aus den Bestimmungen des Hausarbeitgesetzes ist doch deutlich genug zu ersehen, daß die Arbeiter mit den Fachausschüssen keine Bäume aus der Erde reißen können. Die Fabrikanten müssen einzig und allein nur die Hungerteppiche als Instrument des "Friedens" zwischen Unternehmer und Arbeiter anerkennen, wenn sie von der lächerlichen Furcht beelegt sind, die Fachausschüsse seien geeignet, dem Arbeitgeber sein notwendiges und schon beträchtlich beschränktes Übergewicht in seinem eigenen Hause weiter zu verlängern. Ach nein, die Fabrikanten wollen nicht, wie wir es schon einmal gesagt haben, daß die ungeheure Zustände der Hausarbeit, in die hineinzuleuchten selbst preußische Gewerbeinspektoren hin und wieder für nötig halten, aufgedeckt werden; daß sie zum Gegenstand von Debatten und gar gutachtlichen Neuherungen in amtlichen Körperschaften werden. Da könnten ja die "Herren im eigenen Hause" schließlich gar erleben, daß die Leidenschaftlichkeit sich hineinmischt und die schändliche Ausübung der Hausarbeit ernsthaft bekämpft. Nur immer beobachten im Dunkeln und keine neuzeitliche Störungen! Sonst wird der Profit (auch Übergewicht im eigenen Hause genannt) geschädigt.

Sind aber doch humane Menschen, unsere Fabrikanten! Auf jeden Fall wollen sie für die Bequemlichkeit ihrer vielgeliebten Hausarbeiter sorgen. Wird sich die Kreishauptmannschaft oder irgend eine Behörde denn wirklich andrehen lassen, daß die Hausarbeiter nur aus Bequemlichkeit alles Unangenehme der Hausarbeit auf sich laden? Oder wird sie trotz des Handelskammergutachtens erkennen, was jeder Einweihete längst weiß: Weil die Löhne so furchtbar gering sind, greift der Arbeiter zur Hausarbeit! Er kann sich und seine Familie in der Fabrik nicht ernähren; die Hausarbeit gibt ihm die Möglichkeit zu unbeschränkter Arbeitszeit und zur Mitarbeit der Familie bis herab zu den Kindern im zartesten Alter. Mette Bequemlichkeit das. Wir kennen in allen Gebieten mit tabakindustrieller Hausarbeit unzählige Hausarbeiter, die dieser "Bequemlichkeit" fliehen. Daß nach der Handelskammer zu Leipzig zum großen Teil ältere Männer und Frauen in der Hausarbeit tätig sind, ist der Beweis dafür, daß ältere Arbeiter und Arbeiterinnen erst recht dazu gezwungen sind, weil sie in der Fabrik mit geregelter Arbeitszeit eben weniger als die jungen, leistungsfähigen Kräfte verdienen. Schließlich werden dann auch noch die Hausarbeiter nach allen Regeln der Kunst in ihrer Leistungsfähigkeit herabgedrückt und können überhaupt nicht mehr mit.

Aber wenn nun auch die Bequemlichkeit das Motiv zur Verbreitung der Hausarbeit im Leipziger Bezirk wäre, wenn es sich auch um ältere Männer und Frauen (die nicht ihre Kinder beschäftigen) handelt, haben in diesem Falle die Betroffenen etwa Anspruch auf den Schutz des Hausarbeitgesetzes? Gibt es nicht auch in bezug auf die Hausarbeit eine Frage der Hygiene? Und ist nicht sogar die Leidenschaft bei der Hausarbeit interessiert? Man muß sich doch vor allem vergegenwärtigen, aus welchen Erwägungen heraus das Hausarbeitgesetz geschaffen worden ist und weshalb man die Fachausschüsse hineingebracht hat. Die Regierungen mögen doch noch gefällig einmal die Motive, den Bericht der Kommission und die Reden, die im Plenum des Reichstages gehalten wurden, nachlesen! Es kommt gar nicht darauf an, wie schnell die Arbeiter zur Hausarbeit greifen; sie und die öffentliche Gesundheit sollen geschützt werden.

Es nimmt sich wirklich originell aus, wenn die Fabrikanten, ausgerechnet sie, bei jeder Gelegenheit, wenn sie ihre Interessen vertreten, daß Wohl der Arbeitgeber groß und breit ins Feld führen. Viele Jungen wollen behaupten, daß die Behörden im Grunde ihres Herzens an diese Lebenswürdigkeit der alten ehelichen Fabrikanten auch nicht recht glauben, aber — Fachausschüsse gibt's doch nicht für die Tabakarbeiter. Sie können zufrieden sein, daß doch solche Einrichtungen bereits auf dem Papier stehen.

Wir werden ja sehen, was aus den Eingaben der Tabakarbeiter wird. So oder so, jedenfalls zeigt die Behandlung der Fachausschüßfrage von Seiten Unternehmer und Regierung klar genug, daß unsere Organisation schließlich die ultima ratio ist, wenn es sich um den Schutz der Tabakarbeiter, Hausarbeiter oder Fabrikarbeiter, Frauen oder Männer handelt. Möchten sie es nur erst alle begriffen haben!

Der christliche Tabakarbeiter-Verband im Jahre 1913.

Wie unser Verband, so hat auch der christliche Verband im Jahre 1913 unter der Krise im Tabakgewerbe schwer zu leiden gehabt. Am Centralblatt der christlichen

Gewerkschaften Nr. 14, vom 6. Juli 1914, ist eine Zusammenstellung über den Stand der christlichen Gewerkschaften, der wir die Zahlen über den christlichen Tabakarbeiter-Verband entnehmen. So detailliert und offen, wie wir es in unserem Verband gewohnt sind, ist der Bericht des christlichen Verbandes auch dann nicht, wenn sich die Berichterstattung direkt an die Verbandsmitglieder, bzw. an die Delegierten der Generalversammlung wendet, so daß es nicht möglich ist, nach allen Richtungen hin Vergleiche über die Leistungen und die Finanzverhältnisse anzustellen. Nun, wir haben keine Ursache, nach irgend einer Richtung hin etwas zu verdecken. Soweit ein Vergleich möglich, kann man sehen, daß wir durchaus nicht zu fürchten brauchen.

Das Centralblatt der christlichen Gewerkschaften schreibt nun zu dem Rückgang im christlichen Verband:

Unter Konjunkturverschiebungen hatte schließlich ganz besonders der Tabakarbeiter-Verband zu leiden. Anstatt der früheren billigen Zigarettenarten kommt immer mehr der Konsum von Zigaretten in Schwung. Der Drud auf die Arbeitslöhne hat ein ständig stärkeres Übergehen zur Verwendung weiblicher Arbeitskräfte zur Folge, während die Arbeiter sich vielfach anderen Berufen zuwenden. Die Werbearbeit des Verbandes wird dadurch immer mehr erweitert und zwar auch unter den Arbeiterinnen, die leichter denn Lohnarbeit ausgeübt sind und sich schwerer zur organisierten Gegenwehr ausspielen.

Die Mitgliederzahl des christlichen Verbandes betrug am Jahresende 6444, so daß ein Verlust von 728 Mitgliedern eingetreten ist. Auch unser Verband hat bekanntlich im Jahre 1913 einen nennenswerten Verlust erlitten. Wenn aber die christliche Tabakarbeiter-Zeitung hervorhebt, daß der Mitgliederverlust bei ihrem Verband 10,1 Prozent und bei unserem Verband 14,2 Prozent betragen habe, so ist das freilich kein Trost. Sehen wir uns einmal die Beitragssleistungen in den drei Tabakarbeiter-Verbänden an, so zeigt sich, daß bei uns ein Fortschritt und bei den beiden andern Verbänden ein Rückgang zu beobachten ist. Folgende Zusammenstellung möge das belegen:

	1912	Durchschnittl. Mitgliederzahl	Betragseinnahme	Durchschnittsleistung pro Mitglied u. Jahr
Deutsch. Tab.-Arb.-Verb. ... 36 219	817 282.— M.	22,53 M.		
Christl.-Verb. 7 388	134 236.— "	18,17 "		
Gewerbeverein (H.-D.) 2 017	33 932.— "	16,85 "		
				1913
Deutsch. Tab.-Arb.-Verb. ... 34 191	811 493,70 M.	23,73 M.		
Christl.-Verb. 6 714	120 323,54 "	17,92 "		
Gewerbeverein (H.-D.) 2 057	31 775,70 "	15,45 "		

Während also in unserem Verband die Jahresleistung eines Mitgliedes um 1,20 M. stieg, sank sie bei der christlichen Organisation um 0,25 M., beim Gewerbeverein gar um 1,40 M. Ohnehin ist die Beitragssleistung in den beiden anderen Organisationen weit geringer als es bei uns der Fall ist. Leider läßt sich aus den vorhandenen Zahlen der anderen beiden Organisationen nicht feststellen, wieviel Wochenbeiträge pro Mitglied geleistet worden sind. Bei uns ist die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge von 46,70 im Jahre 1912 auf 47,22 im Jahre 1913 gestiegen.

Der Mitgliederverlust hat sich beim christlichen Verband ungefähr gleichmäßig auf Männliche und Weibliche verteilt; in unserem Verband ist die Zahl der verlorenen männlichen Mitglieder größer als die der weiblichen.

Der christliche Verband hatte eine Gesamtausgabe von 125 255 M., eine Gesamtzahl von 121 514 M.; als Kostenbestand ist der Betrag von 24 520 M. angegeben. Im vorigen Jahre waren die entsprechenden Zahlen 174 959 M., 173 305 M. und 20 792 M.

Verausgabt wurden für das Verbandsorgan 12 403 Mark (12 297 M.), für Agitation 14 848 M. (13 572 M.), für Streit- und Gewährungsunterstützung 8100 M. (88 712 M.), für Reise- und Arbeitslosenunterstützung 16 166 M. (10 077 M.), für Krankenunterstützung 15 761 Mark (14 867 M.), für Sterbegeld 1625 M. (1055 M.), für Rechtschutz 707 M. (682 M.), für sonstige Unterstützungen 2673 M. (2057 M.), für Gehälter und Verwaltung 9473 Mark (11 216 M.), für Bibliothek und Bildungsstätte 574 M. (453 M.), an den Gesamtverband christlicher Gewerkschaften 831 M. (2353 M.), Anteil der Volksklassen 11 926 M. (13 247 M.), sonstige Ausgaben 26 407 M. (2717 M.). Die eingeklammerten Zahlen sind die für 1912.

An 47 Lohnbewegungen war der christliche Verband mit 1296 Mitgliedern beteiligt. Von diesen Bewegungen führte der Verband 35 allein, während bei 12 Bewegungen auch andere Verbände beteiligt waren. Es wird berichtet, daß 17 Bewegungen mit vollem, 23 mit teilweise, und 6 ohne Erfolg beendet wurden. Unter den Bewegungen war eine Aussperrung mit 24 Mitgliedern, die teilweise erfolgreich verlief. Der Verband war am Schluss des Jahres an 12 Tarifverträgen mit 29 Betrieben und 1236 Belegschaften, davon 716 Mitglieder, beteiligt.

Brauchen die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen den Verband?

Es steht uns im Grunde genommen doch nichts! werden viele sagen. Was im Grunde genommen? Sehen wir uns diese Gründe einmal genauer an. Da wird z. B. oft behauptet, daß bei Lohndifferenzen die Unorganisierten mehr erzielen als die Organisierten. Der Grund dafür soll sein, daß die Organisation bei Lohnforderungen den Fabrikanten ein bisschen zwingen wollen, etwas zuzugeben, während bei den Unorganisierten ein bisschen Zwang nicht in-

Frage kommen könnte. Der Unternehmer sagt ja selbst: kommt ein Arbeiter mit der „Bitte“ zu mir, er kommt mit seinem Verdienst nicht mehr auskommen, so wird er (der Unternehmer) schon so einsichtsvoll sein und etwas zugeben. Und richtig! Er ist ja einsichtsvoll, das er — um den Unorganisierten glauben zu machen, der Verband lange nichts — solch enorme Zukäufe macht, daß der Bittende 20 bis 40,- pro Woche mehr verdient. Gleichzeitig kommt er aber mit der Gegen „Bitte“, das Material etwas besser zu schonen; denn eine Siehe ist der andern wert. Und freudig erklärt der „Glückliche“ seinen organisierten Kollegen, etwas „erreicht“ zu haben.

Nun kommt es aber auch vor, daß der Arbeitgeber selbst seinen unorganisierten Arbeitern nicht „einsichtsvoll“ genug ist. Aber deshalb braucht ich noch lange nicht den Verband, sagt der Ledige. Der Verbrauchsteuer dagegen brummt und schuftet dann über seine Kräfte hinaus. Kurz entschlossen löst der Ledige sein Arbeitsverhältnis, um sich eine Arbeitsstelle zu suchen, wo bessere Löhne erzielen. Aber leider Gottes ist die Zeit noch nicht da, daß jeder dort arbeiten kann, wo höhere Löhne gezahlt werden. In diesen Betrieben besteht meistens ein gutes Organisationsverhältnis und wird schon oft und vorteilhaft der Arbeitsnachweis benutzt. Auch sind diese Betriebe keine Taubenschläge. Mitunter glüht es ja auch einem Unorganisierten, in einen solchen Betrieb hineinzutreten. Dann wird er aber auch bald zu der Erfahrung kommen, daß nur durch die Organisation diese Zustände geschaffen werden sind. Auch wird er — wenn er mögt abgebrüht ist — sich schließlich dieser Macht, die man Organisation nennt, anschließen.

Ferner sind die Unorganisierten in großem Nachteil, wenn sie sich Notgedrungen auf längere Wanderschaft begeben müssen. Selbstverständlich wollen sie dann aber alle im Verbande sein. Nur ist ihnen da oder dort das Buch oder die Wanderkarte abhanden gekommen. Ein treuer Kollege merkt ja schon an ihren Gesichtern, was wahr ist und lebt ihnen den Rücken. Dann fluchen diese Leute und leben von dem, was hier oder da mal absfällt, oder was das „Klunkerbuchen“ sonst noch einbringt. Es wird ihnen schließlich zur Gewohnheit. Und so treten sie verloren in der Welt umher. Besser ist der Organisierte dran. Er wird auf der Wanderschaft unterstützt und kann nicht so leicht untergehen.

Doch noch eins ist es, was diese abschlägt, beim Verbande beizutreten: die zweckmäßigen Beiträge. „Ich brauche sie für mich“, sagt der eine; „ich brauche sie“, der andere. Nehmen wir nur unsere höchste Beitragssumme 60,- pro Woche, so hätte sich der eine im Jahre 31,20,- gespart. Was für trübe Zeiten können nun aber in einem Jahre hereinbrechen! Es ist immer aus sich allein angewiesen, hat niemanden hinter sich. Doch, er hat ja 31,20,-. Davon kann er ja leben und schließlich noch Häuser bauen. Nur der andere, der da vermeint, die Beiträge zu brauchen. Vierzig Groschen werden sonst für Schuhflicker und andere Kinderlichkeit weggeworfen, womit man mit Leichtigkeit die Beiträge bezahlen kann. Sechs deutsche Reichsgroschen pro Woche haben noch niemanden pleite gemacht. Jeder, der noch eine aufrichtige Meinung hat, wird dem bestimmen müssen. Genau muß gerade der Tabakarbeiter mit seinen Groschen haushalten, aber darum muß er erst recht organisiert sein.

Was für Vorteile hat nun aber der Beitragzahlende? Seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen verbessert werden; seine geistige Bildung soll gehoben werden; bei Arbeitslosigkeit und Krankheit soll er unterstützt werden; Rechtsschutz in Streitigkeiten, welche aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis und der Kranken- Unfall, Alters- und Invalidenversicherung erwachsen, soll ihm gewährt werden; und außerdem bei seinem Tode eine Sterbenunterstützung an die Hinterbliebenen. All das Gute soll er genießen, wenn er sich dem Verbande anschließt.

Vergleichen wir nun die Leistungen des Verbandes mit den Beiträgen. Das Resultat findet jeder denkende Mensch. Wenn doch nur jeder zur Vernunft kommen und sich organisieren würde, so bildeten wir eine Macht, die den Unternehmer mehr als bisher ärgern macht. Um dieser Macht zu begegnen, haben sich die Unternehmer auch Organisationen geschaffen und fast alle haben sich diesen angeschlossen. Sehen wir uns nur die großen Auspferungen an, so müssen wir uns sagen, daß die Unternehmer eingesehen haben, daß es für sie vorteilhafter ist, „ein großes“ den Forderungen der Arbeiter zu begegnen. Sie halten zusammen, ob Christ, Heide oder Jude, wenn es an ihren Geschäftentrale geht. Um so mehr muß es sich jeder zur Pflicht machen, den Verband immer mehr und mehr auszubauen, um ein Volkswerk zu schaffen, das auch die Unternehmer mit ihren Organisationen nicht umgehen können. Wenn jeder hilft, ist schon viel gewonnen. Der Verband ist nun einmal notwendig und wird es bleiben, zum Schutz und zum Ertrag!

Oskar Roed.

Bewegungen im Beruf.

Berlin. Die Zigarettenfabrik **K. & A. & C.** kündigte ihren Zigarettenhandarbeitern Lohnkürzungen an. Die Löhne verschiedener Sorten sollten um 20 bis 50,- pro Tausend herabgesetzt werden. Durch sofortiges Eingreifen der Verbandsleitung gelang es, die Abzüge rückgängig zu machen, und zahlte die Firma die alten Lohnsätze weiter.

Berlin. Die eingeleitete Lohnbewegung der Maschinenhilfsarbeiterinnen bei der Zigarettenfabrik **M. & A. & C.** endete mit einem annehmbaren Erfolge. Die erzielten Lohnauflösungen betragen 1 bis 3,- pro Woche.

Glimshorn und Umgegend. Mit der Firma **J. Hansen & M. L. L.** wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf 9½ Stunden festgelegt; Sonnabends beträgt dieselbe 8 Stunden. Bei Lieferung von zugeliefertem Deckblatt und Umlauf und fertiger Einlage beträgt der Minimallohn 10,50,- pro Mille. Für Profil- oder Mexikolade wird ein Zuschlag von 1,- pro Mille, für Havanna- oder Kubadecke ein Zuschlag von 2,- pro Tausend gezahlt. Die im Allord beschäftigten Juristen erhalten für große Umlauf- und Einlageabfälle pro Blatt 10,- (Grenztarif), für kleinere Tabake 12 bis 15,-. Auch mit der Firma **M. Martin & Jürgen Kölln** in Lübeck-Glimshorn wurde ein Tarifvertrag vereinbart. Der Minimallohn beträgt 11,- pro Mille bei teilweise Lieferung von fertiger Einlage. Die Arbeitszeit und die Juristenlöhne wurden in derselben Form geregelt, wie bei der Firma **J. Möller** in Glimshorn.

Hamburg. Ein Tarifvertrag wurde mit der Firma **C. e. o. g. S. c. h. u. z.** zum Abschluß gebracht und die Löhne für die einzelnen Sorten auf 11 bis 16,- pro Mille festgesetzt.

Politz b. Lübeck (Holstein). Die bei der Firma **G. Lohbach** eingeleitete Lohnbewegung hatte das Ergebnis, daß die Firma den Minimallohn von 9,25 auf 9,75,- erhöhte. Eine Anzahl Sorten erhielten dadurch eine Lohnauflösung von 50,- pro Mille.

Zielnitz. Die Aussetzung in den Betrieben der Firmen **A. Heidler** und **H. v. R. v. R.** dauert fort. Der Zugang nach Zielnitz ist daher noch fernzuhalten.

Mannheim. Die Aussetzung der Rohölarbeiter in Mannheim und Ludwigshafen dauert fort. Der Zugang ist freigemacht fernzuhalten.

Werther, Theenhausen, Gütersloh. Die Differenzen bei der Firma **A. B. Weinberg** sind noch nicht beigelegt. Der Zugang ist fernzuhalten.

Prenzlau. Der Streit bei den Firmen **R. Krause, E. Schulz und W. Bachau** dauert fort. Zugang nach Prenzlau ist fernzuhalten.

Berichte.

Hanßen. Unsere Versammlung am 18. Juli besaß sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Verschiedenes. Kollege Röder gab die Abrechnung bekannt; nach Prüfung derselben wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Arbeiter-Sängerbund Dresden veranstaltete am 26. Juli ein Konzert, die Mitglieder der Zahlstelle werden erfreut, recht zahlreich daran teilzunehmen. Auf Antrag des Kollegen Schröder wurde beschlossen, zum Herbst ein Vergnügensstift zu kaufen und wurde eine sechzehndrigte Kommission gewählt; eine zahlreiche Beteiligung wird gewünscht. In der Vergnügungsstift waren anwesend 7 weibliche und 10 männliche Kollegen. Kollegen und Kolleginnen! Man kann es nicht begreifen, weshalb unsere Versammlungen so schlecht besucht sind. Es ist doch wohl anzunehmen, daß jeder Kollege die zwei Stunden Zeit übrig hat. Man sieht immer wieder dieselben Personen. Es kann so nicht weiter gehen. Die Kollegen sollten sich doch einmal austauschen, die Klubmitvereine beiseite lassen und endlich ihre Pflicht und Schuldigkeit tun; das ist: regelmäßiger Besuch der Versammlungen. Wir das beherrigt, so können wir uns, wenn es gilt, uns unserer Haut wehren und dem Gegner mächtig gegenübertreten.

Tannenberg. Unsere Mitgliederversammlung, welche am 19. Juli abgehalten wurde, hatte folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Belegschaftsversammlung betr. Arbeitsnachweis; 3. Bericht der Kartells- und Bildungsausschußdelegierten; 4. Verschiedenes. Kollege Benzold gab den Rahmenbericht; derselbe bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 519,65,-. Von den Rentnern wurde die Abrechnung geprüft und für richtig befunden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Arbeitsnachweis verließ der 1. Bevollmächtigte das Mundschreiben, welches ihm vom Gauleiter zugesandt wurde und fügte noch einige Erläuterungen hinzu. Die Versammlung gab einstimmig ihre Zustimmung, daß ein prozentualer Beitrag jährlich an den Arbeitsnachweis in Dresden abgeführt werden soll. Neben die Kartellstiftungen gab der 1. Bevollmächtigte einen eingehenden Bericht. Den Bericht des Bildungsausschusses gab Kollege Kurt Weier. Er führte unter anderem aus, daß ein Licholsdorffvortrag veranstaltet werden wird, der jedoch besonderer Umstände halber aufgegeben werden müßte. Im Verschiedenen lamen einige drückliche Angelegenheiten zur Sprache welche ohne große Debatte erledigt wurden. Wie schon in vielen Versammlungen in bisheriger Zahlstelle, so war auch diesmal der Besuch ein sehr trauriger. Wenn man bedenkt, daß von circa 50 Mitgliedern 15 in der Versammlung anwesend sind, so muß man sich unwillkürlich die Frage vorlegen, haben die Kollegen kein Interesse an der Versammlung? Können sie nicht den Wert einer straffen Organisation schätzen? Außerdem der Versammlungen wird über dieses und jenes geschimpft aber in den Versammlungen zu erscheinen, Anträge zu stellen, damit Remedy geschaffen werden kann, daran denkt leider. Alle möglichen Einwendungen werden gemacht. Kollegen, so kann das doch nicht weiter gehen! Läßt doch die persönlichen Feindseligkeiten schwanden! Dadurch fügt ihr eurer Sache nur Schaden zu. Seid einig unter euch! Zeigt, daß ihr noch Interesse habt an der Feststellung eurer wirtschaftlichen Lage! Ihr macht auch der Bevollmächtigung die Arbeit leichter, wenn sie sagen kann: Hinter uns steht die gesamte und geschlossene Kollegenenschaft. Mögen diese Worte genügen, euch wieder an eure Pflicht zu erinnern, damit die Versammlungen in Zukunft wieder pünktlicher und zahlreicher besucht werden. Beherricht die Worte, deren Bedeutung mehr wie bisher zutrifft! Einigkeit macht stark; Uneinigkeit verzehrt das Werk!

Breslau. Am 20. Juli fand unsere Quartalsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Bericht vom Gewerkschaftsamt; 3. Bericht der Firma Element; 4. Aufstellung eines Kandidaten zum internationalen Tabakarbeiterlongtarif; 5. Kartellbericht; 6. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Kolleginnen Weigel und Biele, welche im Quartal gestorben sind, durch Erheben von den Blättern geehrt. Dem Antrage Böttgermann wurde nachgegeben, die Abrechnung zu vervielfältigen und in den Versammlungen auszulegen. Krämer stellt den Antrag, daß Nichtmitglieder, soweit sie ihren Eintritt noch nicht erlaubt haben, die Versammlung zu verlassen haben. Die Abrechnung ergab folgendes Bild: die Einnahme betrug 4352,10,-; unter Ausgabe wurden 109,30,- an Arbeitslosen- und 634,50,- an Krankenunterstützung gezahlt, so daß am Schluß des 2. Quartals ein Bestand von 634,63,- zu verzeichnen war. Die Zahlstelle wies einen Verlust von 514,08,- auf. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Bericht vom Gewerkschaftsamt mußte wegen Verhindern des Redners der Tagesordnung abgesetzt werden, jedoch erklärte Kollege Krämer Bericht über das Schicksal des von uns gestellten Antrages, betreffend die Zuschlagsfreiheit der Maschinenarbeiterinnen zum Deutschen Tabakarbeiterverbande. Vor der Aufstellung eines Kandidaten zum internationalen Tabakarbeiterlongtarif nahm die Versammlung Abstand. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Krämer erichtet. Ein von demselben gestellter Antrag, der die Berichterstattung über die Kartellstiftungen regelt, wurde angenommen. Unter Verschiedenes berichtet Krämer über die Verhandlung mit den freien Gastwirten. Auch fand noch einmal eine Ausdrucks über die geplante Lohnbewegung statt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Mannheim. Mitgliederversammlung vom 25. Juli 1914. Tagesordnung: 1. Abrechnung und Quartsbericht; 2. Die Lohnbewegung der Rohölarbeiter; 3. Verschiedenes. Ein Kollege stellte einen Antrag zur Tagesordnung, als Punkt 3 den Arbeitsnachweis zu behandeln. Kollege Dahms möchte diesen Antrag der Ortsverwaltung überweisen haben, um ihn der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu legen. Der Kollege zieht seinen Antrag zurück. Sobald verließ Kollege Dahms die Abrechnung und gibt den Quartalsbericht. Im 2. Punkt berichtet Kollege Dahms über die Lohnbewegung der Rohölarbeiter. Er gibt hier die Verhandlungen und sonstige Einzelheiten bekannt. Im 3. Punkt führt ein Kollege aus, daß unter Arbeitsnachweis von den Kollegen keiner beruhigt werden will. Der offizielle Meinung ist auch Kollege Dahms. Ein Kollege stellt den Antrag, unter Versammlungen im Gewerkschaftshaus abzuholen; der Antrag wird angenommen. Ein anderer Kollege führt aus, daß in vielen Betrieben die hygienischen Vorschriften schlecht beachtet werden. Hier wäre es Sache der Fabrikdirektion, bessere Vorschriften zu halten. Die weiblichen Arbeiter beachten zum Teil auch die gesetzliche Pause nicht, was bei den schlechten Löhnen auch nicht zu verwundern ist. Es wird ein Antrag gestellt, Monatsversammlungen abzuhalten, der auch einstimmig Annahme findet.

Hamburg-Uhlenhorst. Sektion der Zigarettenfabrikarbeiter und Fabrikarbeiter. Versammlung am 27. Juli. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Vortrag des Kollegen Rudolf Hödelberg: „Der gelbe Sumpf“; 3. Bericht der Sektionsleitung; 4. Bericht vom Gewerkschaftshaus; 5. Verschiedenes. Dem Sassenbericht des Kollegen Ramele ist zu entnehmen, daß im letzten Quartal 120,20,- an Arbeitslosenunterstützung, 201,80,- an Erstausrüstung und 344,- an Krankenleistungszuschlag ausgezahlt werden sind. Der Vortrag des Kollegen R. Hödelberg wurde mit Universalstimme entgegengenommen. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung des Nationalsozialistischen Arbeiter- und Soldatenbundes und seiner politischen Tätigkeit, wie die Beziehungen der Unternehmer und ihrer politischen Vertreter den Arbeitern des Nationalsozialistischen Arbeiter- und Soldatenbundes gegenübergestellt werden, wurde der Solidarität der Arbeiterschaft erinnert. So auf gerechte Weise mit reinen Taschen nichts zu erreichen war, suchte man Befreier innerhalb der Arbeiterschaften zu finden. Noch bei jedem

Kampfe, ob er sich um ideelle, nationale oder materielle Güter gespielt hat, haben sich Leute gefunden, die in der Verbündung oder aus purem Eigennutz sich bereit fanden, die Interessen der Allgemeinheit zu schützen. Obgleich es ähnliche, mit dem Gelde der Unternehmer gegründete Organisationen früher gab (siehe Bericht des Zigarettenfertiger von 1886), datiert die Gründung der gelben Organisationen doch erst seit 1905. Im Jahre 1905, anlässlich der Metallarbeiterausperrung wurde in Augsburg ein gelber Organisation bezeichnete Werkverein ins Leben gerufen. Das Augsburger Werk gab gleich als Eintrittsgeld 140,00,-. Mit dem Gelde wurde eine Unterstützungsklasse gebildet und erhalten. In Berlin wurde 1906 bei Siemens & Halske ein gelber Verein gegründet. Auf Berlin folgten Magdeburg und Hamburg. Im Westen Deutschlands, auf den Hüttenterwerken schlossen die gelben Organisationen wie Unbraut heu vor. 1908 haben die gelben Organisationen, ob sie sich Werkvereinreichste Verbände oder Unterstützungsvereine nennen, eine Gesamtzentrale, einen sogenannten Förderungsausschuß, geschaffen. Dieser Förderungsausschuß beruft die gemeinsamen Kongresse ein. Der Mitgliederbestand betrug 1907 etwa 40,000, 1913 185,000 bis 190,000. Die gelben Organisationen sind also gewachsen und bilden an vielen Orten eine wesentliche Stütze des Unternehmens. Wir haben es also mit Gebilden zu tun, deren Wirksamkeit gegen die moderne Arbeiterbewegung nicht unterschätzt werden darf. Wie erklärt sich nun die Entwicklung dieser Organisation? Die Lebhaftesten Briefe geben uns zwar Antwort, aber nur zum Teil. Die Niedertracht einiger intelligenter, aber charakterlose Elemente, die Gelden der Unternehmer, vorz. Zwang seitens der Unternehmer und deren Kreaturen sind nicht zu unterschätzende Mittel, die Arbeiter in die gelben Organisationen hineinzubringen und an diese zu leiten. Die Hauptursache aber ist die Rückständigkeit eines großen Teils des Proletariats. Aus der großen Zahl der Nichtorganisierten zieht die gelbe Organisation ihre Mitglieder. Wer auch aus jenen in den freien Gewerkschaften bereits Organisierten, die den Geist der modernen Arbeiterbewegung nicht erfaßt haben, holen sie sich ihre Rekruten. Wo die organisierten Arbeiter auf dem Standpunkt der Organisation wenig Wert, nur Wert auf die Unterstützungsseinrichtungen legen, wenn sie an der positiven Arbeit der Gewerkschaft nicht beteiligen, noch nicht einmal die Versammlung besuchen, die Verbandsseinrichtungen verhöhnen und verunglimpfen, so bilden auch diese „Organisierten“ ein Rekrutierungsfeld für die gelbe Bewegung. Was haben wir gegen die gelbe Bewegung zu tun? 1. Mehr Aufklärungsarbeit, besonders auch in den Gewerkschaften selbst. 2. Rücksichtlose Charakterisierung der Männer der gelben Organisationen. 3. Ruhige außläufige Agitation unter den Versammlungen der gelben Organisationen! Die Agitation muß die Gelben als charakterisierte, was sie sind, als Vertrügerorganisationen! Das Scham- und Ehrgesetz der nicht ganz Verdorbenen muss gewechselt werden. Da bringen uns auch Bürgerliche gute Waffen. Erinnert sei nur an Urteile von Pfarrer Kress, Amtsrichter Dr. Herz, des Großindustriellen Manz-Bamberg. In unserem Bereich sind die Gelben (im eigentlichen Sinne des Wortes) wenig vertreten. Die Zigarettenfabrikanten können sich vorläufig noch Mühe und Kosten sparen, Unorganisierte gibt es noch genug in unserem Beruf. Diese aber zu unserer Organisation heranzuziehen, muß unsere Aufgabe sein. Trotz aller Widerstände, auch trotz der Gelben, wird die Arbeiterbewegung ihr Ziel erreichen. Aber je energischer wir arbeiten, um so schneller erreichen wir das Ziel. Rechter Weiß soll folgen dem Vortrage. Im Sektionsbericht wird die Differenz mit der G. C. G. in bezug auf die Kassenabrechnungslegitimität zur Kenntnis gebracht. In der Versicherung, in der sich die Kollegen Lüders, Hadelberg, Orthmann, Grell, Ehrlich, Dassau und Spielberg beteiligen, wird das Vorgehen der G. C. G. als nicht mit dem Tarif übereinstimmend bezeichnet. Einem Antrag Lüders folgend, wird beschlossen, die Angelegenheit einem Schiedsgericht vorzulegen. Über die Benutzung des Arbeitsnachweises und den Stand der Arbeitslosen berichtet Ramele. Rest vom vorigen Quartal 20 männliche, 1 weibliche; zugestimmt im April 9 männliche; im Mai 18 männliche, 1 weibliche, im Juni 29 männliche, 1 weibliche; zusammen 76 männliche, 3 weibliche Arbeitskräfte. In Arbeit getreten: im April 15 männliche, 1 weibliche; im Mai 12 männliche, im Juni 23 männliche, 1 weibliche Arbeitslos. Rest Arbeitslos sind 26 männliche, 1 weibliches Mitglied. Die Zahl der Arbeitslosenlast betrug 1403 für männliche, 57 für weibliche Arbeiter. Nach einer kurzen Geschäftsordnungssitzung, in der die Frage, ob ein Antrag, der kurz vor Beginn der Versammlung der Sektionsleitung übergeben worden ist, verhandelt und zur Abstimmung gebracht werden kann, wird beschlossen, in allernächster Zeit eine Extraversammlung einzuberufen. Auf derselben soll nicht nur der Antrag der Sektion der Sortierer der G. C. G., sondern auch die unerledigte gebildeten Punkte der Tagesordnung erledigt werden. (Der Schriftführer wird gebeten, die künftigen Berichte kürzer zu fassen. Red.)

Die Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsfaktiengesellschaft in Hamburg, gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500,- abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500,- eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Ausschüsse, und Vorstandsmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Überschuss nur den Versicherten! Versicherungsbetrieb: Das Deutsche Reich. An allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbmonatliche Prämienzahlung von 30,- an. Günstigste Versicherungsbedingungen. Kein Versall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlungen der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückaussicht. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todestag mit abgelöster Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3½ Prozent Zinssatz vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, später beim 65. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3½ Prozent Zinssatz. Tarif II: Versicherung auf den Todestag mit abgelöster Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3½ Prozent Zinssatz vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, später beim 65. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3½ Prozent Zinssatz. Tarif III: Versicherung auf den Todestag und Erlebensfall mit 10jähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kinderversicherung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Sparversicherung mit zwangsloser Prämienzahlung). Tarif VI: Risikoversicherung mit solider Versicherungsprämie (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VII: Kinderversicherung mit zwangsloser Prämienzahlung. — Auskunft bereitwillig bei allen Rechnungsstellen bei allen Versicherungsleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbe auch Prospekte.

Kollegen und Kolleginnen!
Haltet auch in dieser schweren Zeit treu zu eurer Organisation!

Winterhalting's = Beverage

४१

des Sachak = Urheiter

Samstag, den 2. August

23

Menschentheoretik.

Das Lieberjohren eines Windhundes herbeigeführt werden, werdet ausgeschafstet, wenn die Büge mit der Kirchlichen Fernkreise ausgestattet sind, durch die der Wörter im Blochhause den Zug mittels einer einfachen Kurvabweichung zum Glehen bringen kann.

Neben diese wichtige Erfindung, die in der Gegenwart zahlreicher Fachseiten auf der Strecke Fürstenberg—Gräfenberg ausgeprobt worden ist, macht z. B. Kugel im "Prometheus" (Verlag Otto Spamer in Leipzig) nähere Mitteilungen. Die kurze Zeitspanne von sechs Sekunden genügte bei den Leuten Probeschritten, um den Zug mit der Fernkreisröhre zu steuern.

Die chinesischen Frauenfüße. Die Unsitte der Verkürzung sorgt bei den chinesischen Frauen hat die Europäer stets mit Mitleid erfüllt, obgleich angefischt der vieler Mode in unserer Frauen zu einer Verkürzung kaum eine Berechtigung vorliegt. Normal entwiddeste und erhöhte Füße dürften sich bei den vornehmsten Europäerinnen, soweit sie sich unter uns vorwerfen, nur ausnahmsweise finden, und der Unterschied zwischen Fußlängen eines europäischen und eines chinesischen Fußes ist mehr nur ein Folger des Grubes. Die Frauen Stände, die richtig aufzutun haben, haben auch im China immelle Füße, da sie sonst ihren Pflichten im Hause und auf der Straße gar nicht genügen könnten. Die goldenen Lisen, wie man sie vertrüppelten Frauenfüße nennen, deren Höhe eines kleinen Kinderschuhes hat, gelten wohl auch dort höchstens als zwecklos vornehmter Absatz, weil sie auf ein solches Missißlegungs hinweisen. Wie die Frauenfüße in China in auf Augerichtet werden, hat man längst erfahren und eine Erziehung davon findet sich schon in älteren Schriften über chinesen Künsten. Eine eigentümliche Errichtung dieser Verkürzung davon findet sich schon in älteren Schriften über chinesen Künsten und sie entstammt dem Studium der Bildhauerei, die dem Ausdruck durch die Einwirkung in Kindern aufgewöhnt wird, in erster durch die Ausbildung der Röntgenstrahlen möglichst und sie entstammt dem Studium der Bildhauerei, die dem Ausdruck durch die Einwirkung in Kindern aufgewöhnt wird, in erster durch die Ausbildung der Röntgenstrahlen möglichst 5 oder 6 Jahre alt ist, mit starken Baumwollstoffen 8 Meter Länge und etwa 10 Centimeter Breite umwickelt, e Wänden bleiben zwischen aufreihendem Grade. Die Füße werden, wenn das Kind zur nächsten Geburt darüber hinausgeht, besonders zur Nachsicht, wenn die Füße gewaschen werden und anschwellen. Bei dem Ließland der ärztlichen Vorschriften

Kinder und Satire

R u f f i s h e s G y s t e m. Was, gestohlen hast und umgeschafft
durch Schon? Du bist mein Mann. Du kommst sofort unter die
Gesetzmöglichkeit, und zwar direkt zum Schluß des Zaren!

W e n d e b o m G e r e n t s t i n u s. Gohelt beschlägt eine
große Tabakpflanzung. Der Besitzer stirbt. Durchsucht überall
umher und zeigt ihm die in voller Würde stehenden Pfeifen;
„Gest interessant“, meinte am Schlusse Gerechtsamus befriedigt, —
— wirtschaftlich sehr interessant, mein Lieber! Und wie lange wird
es, daß man darunter, bis — daß — die Bizarren reif sind?“ ***

Verbrechen, zu leben, wenn dem Proletariat nur ein einziger Ausweg geblieben ist: von der Brüste ins Wasser und ich war gestern im Marientheater! „Habe Gott höno gehört gemeiner Herr, der ich bin!“ er trachte mit den Fingern und, nachdem er gerufen hatte: „Ich will es führen!“ schrieb er folgende Worte auf den Zettel: „Es ist langweilig, niedrig und empörend, zu leben! Es erstellt mich vor den Menschen, es erstellt mich vor mit Selbst. Gobino ist ein Glücksbringer für die Bourgeoisie, mich für Gobino und für mich.“ Manja, erinnerst du dich der Worte des Dichters: „Traure nicht um ihn, schön ist es, jung zu sterben?“ Lebgeribt dem Dienstmußäbchen meinen Gedicht: sie hat noch fünf drei Grambrote zu bekommen. Kämpft für das allgemein Wahlrecht! Schreiber sei.“ Darauf warf er Mantel und Uniformrock ab und sprang ins Wasser.

Ein betrunkenes Säuerlein erschien auf der Brücke. Er sah gleichfaß den Haufen Kleider und rief: Errtanzt! Oftiger Herr Gott, bin ich denn schlechter als sie?“

Er streifte sein durchlöchertes Wams ab, betreuigte sich und schwang sich über das Geländer. Daum war er selber im Wasser, so daß er augenscheinlich, daß er doch schlechter als die anderen sei, denn er mache bergweifelse Schwimmversuche; allein die mit Wasser vollgesogenen Kleider und Stiefel zogen ihn auf den Grund. Eine Weile darauf trat ein Flussholzist aus einem

"Gh!" rief er aus, — "hier hat sich jemand meine Schweserheit zumute gemacht! Oho! Bist du? Es wird mir schwum ergehen!" Er fragte sich bei Soff, tat ein paar trügerische Sprünge aus, nahm den Bettel zur Hand und las mit Mühe daß Geschriebene. "H—jo," flüsterte er Gedankenwoll, "Es hat keinen Sinn für mich, noch weiter leben: meine Vorgesetzten triegen einen Kiffel und ich formte vorz Gericht! Und alles wegen dieser Föchlin, daß sie verdammt sei! Nach daß Soff ist heutzutage gemein: es kann sich ja einer ertränen, nur meinetrogen zweit, aber doch nicht gleich eine ganze Vorbe! Jetzt muß ich mich für sie alle verantworten und der Prinzipal hat von jeder Urschin seinen Zortell! Lohnt es denn zu leben? Wozu? Um zu essen, zu trinken, zu schlafen und Stoff abzumessen und so das ganze Leben hindurch? Nein, die anderen haben sich ertränkt, und ich will mich auch ertränken!"

Er fragte sich noch einmal den Hinterkopf und, nachdem er gefragt hatte: "Besser ins Wasser, als vors Gericht!" schnallte er seinen Gürtel ab, entledigte sich des Uniformmäntels und sprang in den See.

„Telefen und richtig befinden. Noch daher dem Messen mit dem Urſchirmmaß durch den Tod ein Ende. „Guthofin“ und stützte sich in den Fuß. Einige Zeit darauf passierte der Student Bereverfeld die Gräfe. Er gewahnte sofort den Gauſen Fleißungsſtühle und den weißſchimmenden Bettel. „Ins Wasser gesprungen!“ dachte er, und ein manches Jenseitnes Früſteln überließ ihn.

Er lass den Bettel, lachte bitter auf und bemerkte: „Da haben wir eine Situation unserer Kapitalistischen Ordnung, da haben wir die großen Folgen unseres Regiments! Drei Leben sind vernichtet. Wer weiß, was sie dem Roter Land geschaffen hätten, wenn sie im

„Deute habe ich Gründ gehabt!“ bemerkte Gregorow, nach von dem Boden einer leeren Körfe erhebend. „Siehe da, die vielen Sachen!“ fügte er freudig hinzu, indem er die Körfe und Mäntel musterte. „Aun, wohl befomme es . . . ich habe ins Schiagze getroffen! Sie beißen nicht gut an auf solch einen Bettel!“ Er sog aus dem Haufen seinen zertrümmerten Stock herunter, hub sich die freuden Mäntel und Rüden auf den Rücken und schlenderte nach Spurze.

